

Er scheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 2,50 Mark, monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 25 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntags-Nummer mit Illustr. Sonntags-Beilage "Neue Welt" 10 Pf. Post-Abonnement: 3,30 Mk. pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-England 2 Mk., für das übrige Ausland 2 Mk. 50 Pf. Monat. Eingetr. in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1893 unter Nr. 6708.

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfspaltige Zeile oder deren Raum 40 Pf., für Breiten- und Verammlungs-Anzeigen 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonntagen und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Verantwortl. Redakteur: Julius Br. 4196.

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Mittwoch, den 15. Februar 1893.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

### Arbeiterschutz und Zentralverband deutscher Industrieller.

Bei den Vertretern der wichtigsten Industriezweige hat der wohlbekannte Zentralverband deutscher Industrieller eine Umfrage über die Wirkungen der letzten Gewerbe-Ordnungs-Novelle gehalten, und der ebenso wohlbekannte Sekretär des Verbandes, Herr Bued, berichtete über das Ergebnis der Umfrage auf der Delegiertenversammlung der Vereinigung, die am 4. d. M. in Berlin stattfand. Zuerst drangen keine sehr ausführlichen Nachrichten über das Ergebnis der Umfrage in die Öffentlichkeit, das aus 312 Antworten bestand, während die Zahl der ausgesandten Fragebriefe nicht mitgeteilt wurde. Jetzt findet sich aber in der „Schles. Ztg.“ nachträglich ein eingehender Bericht, auf dem im Nachfolgenden gesuft wird.

Wenn dieser Bericht zutrifft und den Äußerungen der Herren Kapitalisten entspricht, so hätten sich bereits einige Wirkungen der schwächlichen Arbeiterschutzreform von 1891 herausgestellt, über welche wir immerhin als Abschlagszahlungen dankend quittieren könnten. Danach hätte die Festsetzung des Maximalarbeitstages von elf Stunden für Arbeiterinnen namentlich in der sächsischen Textilindustrie, wo in jeder Fabrik die Frauen gut die Hälfte der Arbeitskräfte stellen, eine Abkürzung der Arbeitszeit für alle Arbeiter herbeigeführt, da es „mit Rücksicht auf das technisch notwendige Hand in Hand arbeiten nicht möglich“ sei, die Männer ohne die Frauen arbeiten zu lassen. In diesen Worten liegt ein hübsches Eingeständnis. Wie oft haben wir es vom Regierungstische und von den Herren Industriellen hören müssen, wenn wir einen Maximalarbeitstag beantragten, daß es sich um „sozialdemokratische Uebertreibungen“ handle, wenn von einer übermäßigen Arbeitszeit in den deutschen Fabriken gesprochen werde. Die Arbeitszeit sei längst im allgemeinen auf 10 Stunden heruntergegangen, und nur Faulenzer, die nichts arbeiten wollten, könnten sich über die lange Dauer beklagen. Und jetzt erfahren wir es aus dem Munde der Industriellen selber, daß allgemein sogar länger als 11 Stunden gearbeitet worden ist — denn wie könnten sich sonst die Herren allgemein über den 11stündigen Maximalarbeitstag beklagen? Freilich haben die Herren Kapitalisten noch eine weitere Beschwerde. „Die ungleiche Einteilung der Arbeitszeit der verschiedenen Arbeiterkategorien, — erwachsene Arbeiter, Arbeiterinnen, jugendliche Arbeiter — kompliziert (macht umständlich) überall, wo verschiedene Arbeiterklassen beschäftigt werden, den Betrieb, giebt zu Störungen Veranlassung und führt zur Vertheuerung der Produktion.“ So jammerte Herr Bued für seine Brotherren nach der „Schles. Ztg.“. Als ob es für diesen Kapitalistenjammer nicht ein ganz einfaches Linderungsmittel gäbe! Die Arbeitszeit der Männer hat sich bereits derjenigen der Frauen in vielen Fabriken angepaßt, das sahen wir oben. Nun braucht ja nur noch die Beschäftigungsdauer

der gesamten erwachsenen Arbeiter an diejenige der jugendlichen angepaßt zu werden (10 Stunden) — dann sind die bösen Störungen ziemlich beseitigt! In England ist man längst so weit; dort gilt der neunstündige Maximalarbeitstag für Frauen und Kinder, und die Männer arbeiten dort, wo jugendliche und weibliche Kräfte thätig sind, ebenfalls nicht länger — England ist an dieser Vertheuerung der Produktion“ bis heute nicht gestorben, und alle Jeremiaden des Herrn Bued darüber, daß infolge jener beschränkenden Gesetzgebung unser wirtschaftliches Leben nicht zu der vollen Blüthe gelangen werde, die zur Erhaltung der Konkurrenzfähigkeit gegenüber dem Auslande notwendig sei“, verlieren durch jenen Hinweis ihre tatsächliche Unterlage. Die „Konkurrenzfähigkeit mit dem Auslande“ ist in Wirklichkeit den Herren, die Kohlen, Eisen und Stahl billig in die Fremde verschleudern, um sie dem inländischen Verbrauch desto theurer aufhängen zu können, höchst gleichgültig. Nur ihr Hunger nach langer Arbeitszeit für — ihre Lohnsklaven spricht aus ihrem Jammer. Deshalb sind ihnen auch die zehn Stunden, die sie ihre jugendlichen Arbeiter beschäftigen dürfen und die von der Hygiene längst als zu hoch bemessen bezeichnet worden, noch viel zu wenig für ihre Profitgier. Herr Bued hat wieder mit Massenentlassungen solcher junger Leute gedroht, die dann „verwildern und verrotten“ werden und die Zahl der turbulenten Arbeiter vermehren, die bei jedem Skandal da bei sind und die zuverlässigste Truppe der Sozialdemokratie bilden. Dieser Menschenfreund! Als ob nicht gerade die Unternehmungsklassen der ärgste Feind der Fortbildungsschulen wäre, in welche man dann die jungen Leute bis zu ihrem sechszehnten Jahre obligatorisch schicken würde und aus der sie sich freilich weitere Kenntnisse holen würden, die doch nur wieder der Sozialdemokratie zu gute kämen! Aber der über-eifrige Geschäftsführer hat noch nicht einmal gemerkt, daß er sich auch tatsächlich selbst Lügen strafft. Auf 50 rheinisch-westfälischen Werken sind noch heute nach seinen eigenen Angaben allein nicht weniger als 2169 jugendliche Arbeiter bei schwerer Hüttenarbeit beschäftigt; und an einer anderen Stelle seines Berichtes heißt es: „Die Fabrikanten sind bemüht, die Kinder durch jugendliche Arbeiter zu ersetzen.“ Es ist also nicht so schlimm mit dem Unternehmertum vor der jugendlichen Arbeit; sie wird noch weidlich ausgenutzt, trotz dem 10stündigen Maximalarbeitstage, und sie wird sogar vermehrt dort, wo die Ausbeutung die Kinder unter 14 Jahren nicht mehr erfassen kann. Junges Fleisch schmeckt dem Moloch Kapitalismus eben doch zu süß, als daß er sich von ihm entwürden könnte! Und so begrüßen wir denn einen Theil der Mittheilungen des geschäftseifrigen Industriellen-Sekretärs, wenn dieselben wirklich auf Wahrheit beruhen, mit großer Freude als den Anfang einer Wirkung des schwächlichen deutschen Arbeiterschutzes, die noch viel mehr verstärkt werden muß.

Herr Bued sagte seinen Schmerz dahin zusammen:

„Die Unmöglichkeit, den verschiedenen Bedürfnissen einer Fabrik entsprechend die Arbeitszeit zu verlängern, hat die Industrie in vielen Fällen zu Erweiterungen der Betriebe und Neuanschaffung von Maschinen veranlaßt; das bedeutet einerseits Erhöhung des Anlagekapitals und andererseits eine Ausschöpfung menschlicher Arbeitskräfte.“ Ganz recht! Das bedeutet aber außerdem noch eine kleine Gefundung der Arbeitsverhältnisse in den Fabriken, welche die Arbeiter widerstandsfähiger gegen Uebergriffe des Kapitalisten macht, und das bedeutet zuletzt handgreifliche Ausflüchtung für die durch Maschinen überflüssig gewordenen Arbeiter darüber, daß eine Wirtschaftsordnung, welche den Arbeiter für die Verbesserung des Betriebs mit Beschäftigungslosigkeit straft, nicht lange mehr haltbar ist. Und mit diesen Wirkungen sind wir außerordentlich zufrieden, geehrter Herr Bued und hochmöglicher Zentralverband deutscher Industrieller!

### Politische Uebersicht.

Berlin, den 14. Februar.

Aus dem Reichstage. Unser Reichs-Parlament kommt aus dem Nothstand gar nicht mehr heraus. Heute hat Herr v. Manteuffel wieder davon zu reden angefangen und die Redner der gesammten Rechten inkl. des Polen, haben denselben Faden dann weiter gesponnen. Natürlich handelt es sich in diesem Falle um den Nothstand „unserer“ Landwirtschaft. Die über dieses Kapitel vorgetragenen Reden pro und kontra konnten natürlich nichts Neues mehr bringen, interessant war nur was Herr v. Manteuffel in bezug auf die Wünsche seiner Partei wegen der Aenderungen des Unterstützungswohnsitz-Gesetzes und der Freizügigkeit vortrug. Nachdem durch Bismarck's grausame Ausreibung der russisch-polnischen Arbeiter aus den Ostprovinzen dort ein Mangel an „Händen“ sich bemerkbar macht, wollen die Grundherren den Tagelöhner wieder an die Scholle fesseln, eine neue Art von Hörigkeit einführen. Das Mittel dazu soll die Beschränkung der Freizügigkeit bieten. Dem ländliche Arbeiter des Ostens, der vor den Hungerlöhnen des „patriarchalischen“ Regiments flieht, soll der Zug nach dem Westen erschwert, ja so weit es geht, ganz unmöglich gemacht werden. Der Knecht soll dem Herrn in der Heimath frohden und seine Arbeitskraft nicht den Industrie- und Zuckerbaronen des Westens dienstbar machen. Das wollen die Manteuffel, Kanitz, Mirbach und wie sie sonst heißen, die agrarischen Führer aus dem Osten. Nur schade, daß in diesem Punkt das berückichtigte Kartell zwischen Industrie und Landwirtschaft ein Loch hat. Die Industriellen des Westens brauchen den Proletarier des Ostens als Lohn-drücker für ihre Bergwerke, Zuckerplantagen etc. und dieses Bedürfnis wird sich als das stärkere und einflussreichere er-

### Feuilleton.

Wachsthum verboten.

15

### Die Laufbahn eines Nihilisten.

Von S. Stepnial.

Autorisirte Uebersetzung.

Frei ins Deutsche übertragen von Bertha Braun.

Kapitel VI.

Tanja's erste Probe.

Gregor's zufällige Bemerkung über die Unsicherheit von Repin's Schlaf erwies sich als eine Prophezeiung von schlimmer Vorbedeutung. Seine beiden gefährlichen Gäste waren kaum außer Sicht, als Gendarmen erschienen. Repin war keine Memme, aber sein Blut gerann, als Männer in der verhassten blanken Uniform sein Zimmer betraten. Sein erster Gedanke war, daß die beiden jungen Leute, als sie sein Haus verlassen hatten, erkannt und auf der Straße verhaftet worden seien, und die Hausfuchung also nur die Folge ihrer Verhaftung sei. Aber die ersten Worte der Gendarmen beruhigten ihn. Indeß war die unwillkommene Visite einem unbestimmten Argwohn zuzuschreiben, dessen Ursprung nicht ausfindig zu machen war.

Das Zusammentreffen mit dem Besuche der beiden Verdächtigen war augenscheinlich ein Zufall. Repin athmete erleichtert auf. Für sich selbst hatte er nichts Besonderes zu fürchten.

Die Polizei durchsuchte das Haus, fand aber nichts Kompromittirendes. In anbeacht der hohen sozialen Stellung Repin's wurde er nicht verhaftet, mußte nur der

Polizei einen ihm lästigen Besuch abstatten und einige unverschämte und alberne Fragen beantworten.

Er wurde in Ruhe gelassen, die enttäuschte Polizei wachte aber über ihn. Dies konnte, wenn die Spione einen der seltenen Besuche Sina's oder Gregor's entdeckten, für alle unangenehme Folgen nach sich ziehen.

Sie mußten ohne Aufschub von dem Vorgefallenen benachrichtigt werden. Demgemäß wurde Tanja den nächsten Morgen gleich ins revolutionäre Lager geschickt, um die Freunde zu benachrichtigen, daß die Lust nicht ganz rein sei.

Mit der Aufregung eines jungen Mädchens, dem zum ersten Male ein ernstes Geschäft anvertraut ist, machte sie sich an die Ausführung des Auftrages. Seitdem ihr Haus bewacht wurde, war es mehr als wahrscheinlich, daß jeder Hausbewohner verfolgt werden würde. Sie war in tödtlicher Furcht, sie möchte ihren Freunden anstatt einer Warnung, Spione bringen, die ihr auf den Fersen folgten. Wie konnte sie ihrer Wachsamkeit entgegen? Mit den phantastischen Ideen des Aneingeweihten über die Allgegenwart und übernatürliche Geschicklichkeit der Polizei wußte sie nicht, wie sie sich vergewissern könnte, ob sie verfolgt würde, oder nicht. Sie arrangirte ihr Kleid etwas anders als gewöhnlich, und trat in dem Moment auf die Straße, als der verdächtige Mann in der Straßenecke dem Wirthshause einen seiner kurzen Besuche abstattete. Aber wer weiß, vielleicht hatte sie ein zweiter Spion, der auf der anderen Seite hinterm Fenstern stand, durch die Gardine gesehen und giebt seinem Gefährten, sobald er zurückkehrt, ein Signal! Sie eilte die Straße entlang, um den Phantomen, welche ihre Einbildungskraft schuf, zu entgehen, sie verfolgten sie aber. Welche Garantie hatte sie, daß diese alte Dame, welche in derselben Richtung ging, keine Spionin war. Eine

Garantie war sicher nicht vorhanden. Die alte Dame bog um die nächste Ecke und schlug den Weg nach dem Nothly ein, ohne auf das Mädchen auch nur einmal einen Blick geworfen zu haben. Dies war zwar alles ganz gut, vielleicht war es aber nur raffinierte Schlaueit, und die vermeintliche Spionin hatte einem anderen einen Wink gegeben, die Verfolgung aufzunehmen! Da sie aber gar keinen Spion bemerkt hatte, konnte er ihr in einiger Entfernung folgen. Das arme Mädchen war in einem Zustande äußerster Verwirrung, verlor ganz den Kopf, als ihr ein Better einfiel, der in einem Hause auf der Diteinaja wohnte, welche ein schmaler Gang mit der Mochrowaja verband. Selbst in der geschäftigsten Zeit des Tages benötigten wenige diesen Durchgang. Zu der jetzigen frühen Stunde mußte er ganz vereinsamt sein. Wenn sie dort durchging, ohne daß ihr Jemand folgte, konnte sie sicher sein, diesen schrecklichen Spionhunden der dritten Abtheilung zu entgehen. Der Ausweg war so einfach, daß sie sich wunderte, nicht früher darauf gekommen zu sein. Sie nahm eine Droschke nach der Diteinaja und konnte sich zu ihrer Befriedigung überzeugen, daß ihr kein anderer Wagen folge. Die Fußgänger aber, wagte sie zu glauben, brauchen sie ferner nicht zu beunruhigen. Allmählig erhobte sie sich von ihrer abergläubischen Furcht und zog in Erwägung, was sie zunächst zu thun habe.

Ihr Gedanke war, nach Gregor's Wohnung zu gehen. Die aktiven Verschwörer halten ihre Privatadressen sehr geheim und theilen sie in der Regel nur ihren Genossen mit. Gregor machte aber in diesem Falle eine Ausnahme. Sie wußte seine Adresse und hatte seinem Schlupfwinkel einen oder zwei Besuche abgestattet.

Sie wird das Haus finden und seine Zimmer erreichen, ohne eine Frage an irgend jemand richten zu müssen; wird



weisen. Was deshalb auch die Junker gegenüber den Nachkommen ihrer einstigen Leibeigenen planen mögen, sie werden dieselben nicht mehr an den Boden der Heimath fesseln können, es sei denn, sie entschließen sich zu dem allerdings sicher wirkenden Mittel, nämlich dem, daß sie ihre Arbeiter anständig bezahlen und menschenwürdig behandeln. — Nicht dergleichen die Abweisung, welche die „Kreuz-Zeitung“ vom Staatssekretär von Marschall dafür erfuhr, daß sie geschrieben hat, gewisse deutschfeindliche Artikel der russischen Presse wären auf Informationen der hiesigen russischen Botschaft zurückzuführen. Nach dem erregten Tone, in dem der Herr Staatsminister das Organ „Mit Gott, für König und Vaterland“ abkanzelte, scheint dasselbe mit seinen Bemerkungen eine recht wunde Stelle getroffen zu haben. Herr von Hammerstein erklärte, daß nicht er im Hause, wohl aber in seinem Blatt die notwendige Antwort geben werde. Das klang nicht gerade besonders tapfer in dem Munde des sonst so anmaßenden Junkers. —

**Die Auflösung des Reichstags** erscheint jetzt unvermeidlich. An eine Verständigung mit der jetzigen Majorität ist nicht mehr zu denken, und die Regierung kann die Zurückweisung der Militärvorlage nicht ruhig hinnehmen. So bleibt nur die Auflösung. Aber wann — das ist die Frage. Da die Reichstags-Majorität so freundlich war, die Regierung in ihrer Verschleppungspolitik zu unterstützen, und da infolge dieser Gefügigkeit der Etat für das Jahr 1894/95 — also bis zum 31. März 1894 — in dieser Session sicher zu Stande kommen wird, hat die Regierung in bezug auf den Auflösungsstermin vollkommen freie Hand. Sobald das Staatshaushalts-Gesetz unter Dach und Fach ist und das Geld der Steuerzahler im Reichskassen klingelt, ist die Regierung unbeschränkte Herrin der Lage — sie kann sofort auflösen, und sie kann nach Belieben warten. Der neue Reichstag muß bios früh genug zusammenkommen, um den Etat für das nächste Finanzjahr (1894/95) fertigstellen zu können. Die Reichsregierung hat also den Frühling, Sommer und Herbst zu ihrer Verfügung. Allerdings glaubt man allgemein, daß, nachdem einmal im Plenum die Entscheidung getroffen ist, die Auflösung bald erfolgen wird.

Ist aufgelöst, so tritt Artikel 25 der Reichsverfassung in Kraft, welcher lautet:

„Im Falle der Auflösung des Reichstages müssen innerhalb eines Zeitraums von sechzig Tagen nach derselben die Wähler, und innerhalb eines Zeitraums von neunzig Tagen nach der Auflösung der Reichstagsversammlung.“

Spätestens drei Monate nach der Auflösung muß der neue Reichstag zusammentreten. Wann aber die Reichsregierung auflösen will, das ist ihre Sache. Und wir wollen uns den Kopf des Herrn Caprivi nicht zerbrechen. Wir haben keine Kopfschmerzen, und wann immer die Wahl-schlacht beginnt, die deutsche Sozialdemokratie ist bereit. —

**Der Entwurf eines Gesetzes zum Schutze der Waarenzeichnungen** ist dem Bundesrath vorgelegt und wird nebst Begründung im heutigen „Reichs-Anzeiger“ veröffentlicht. —

Im preussischen Abgeordnetenhaus hat der Abgeordnete Dr. v. Jazdzewski zur Etatsberatung den Antrag gestellt, Kap. 69 Tit. 7a der dauernden Ausgaben (zur Errichtung und Unterhaltung der Fortbildungsschulen in den Provinzen Westpreußen und Posen) zu streichen. —

Für die Militärvorlage reitet ein Don Quixote der katholischen Reaktion in die Schranken, der Edle von Fechenbach-Landenbach. Selbiger Freiherr, den vor Jahren die „Norddeutsche“ in Bismarck's Auftrage als „revolutionären Junker“ anzugreifen hatte, wollte in ultramontanen Blättern einen Artikel für die Vorlage veröffentlichen. Da aber das Centrum aus wohlbekannten Gründen sich vorläufig noch züchtiglich sperrt und sträubt, erhielt er in Kugsburg, wo er bei der „Postzeitung“ Unterschlupf suchte, einen Korb. Dafür boten ihm die national-liberalen Münchener Neuesten Nachrichten ein Stück weißes Papier, und es ist gar erbaulich zu lesen wie folgt: „Die Regierungen haben selbst die Pflicht, ihre bessere Einsicht gegebenen Falles über den Unverstand der Verweigerer der

Vorlage zu setzen, um das Deutsche Reich vor Schmach, Schande und namenlosen Leiden so weit als möglich zu schützen.“ Der Regierung wird vor ihren Jütsprechern noch angst und bange werden. —

**Keinen Nothstand, nur Uebermuth findet die Norddeutsche Allgemeine Zeitung** bei den Arbeitern. Einen Beweis hierfür sieht sie darin, daß die Zimmerleute Königsberg's auch gegenüber den städtischen Nothstandsarbeiten an den Minimalgehältern, welche den Meistern gesetzt sind, festhalten. —

**Was sich die Herren Antisemiten alles erlauben dürfen.** Herr v. Wackerbarth, Landtags-Abgeordneter und arger Judenfresser, hat, wie wir in der „Staatsbürger-Zeitung“ lesen, in einer Versammlung des Berliner Bürgervereins vor dem Hallschen Thore folgendes Geschichtchen zum besten gegeben: „Vor einiger Zeit hatten die Bauern meines Heimathsortes eine Besprechung wegen eines anzu-streitenden Prozesses und alle äußerten, wenn wir den Rechts-anwalt N. bekommen, haben wir gewonnen, wenn die Gegner uns aber zuvor kommen, verlieren wir. Auf die erstaunte Frage meinerseits, ob denn der Mann so bedeutend sei, antworteten sie: „J Gott bewahre, aber der Mann ist Jude, drei Amtsrichter sind auch Israeliten, und wenn der los geht, wagt keiner ein Wort zu sagen, auch dem Staats-anwalt wird über den Mund gefahren, daß er nicht weiß, wo er hin soll.“ — Was geschähe wohl einem sozial-demokratischen Arbeiter, der in solcher Weise über preussische Richter und Behörden spräche? Nebenbei bemerkt wird uns versichert, daß die Angaben, daß Anwalt und Richter Juden seien, eine freie Erfindung des Gewährsmannes, des Herrn v. Wackerbarth sind. —

Sigl ist ärgerlich über Stöder und bringt seinen neuesten Wrohl mit folgenden, aus tiefster Seele kommenden Bemerkungen im „Bayrischen Vaterland“ zum Ausdruck:

„Der fromme Stöder meint, daß in Preußen für die Jungfrauen noch zu wenig gesorgt sei und will die Schonzeit bis zum vollendeten 18. Lebensjahre ausgedehnt wissen, sodas Strafe eintreten soll, wenn das verführte (i) unbescholtene Mädchen noch nicht 18 Jahre alt sei. — Das ist Pharisäerthum. Wir bezweifeln, ob die deutschen Jungfrauen über 16 Jahre im Reich der preussischen Gottesfurcht und frommen Sitte eine große Sehnsucht nach so weiter Ausdehnung der Schonzeit für sie haben. Bis zum 18. Jahre — das halten sie ja garnicht aus!“

Dieses Urtheil des Dr. Sigl gewinnt dadurch an Werth, als er auf diesem Gebiete ein sehr erfahrener Mann ist. —

**Ueber die Abhängigkeit der Fabrikärzte von ihren Arbeitgebern,** den Unternehmern, brachte bei der Fabrik-inspektoren-Debatte der Abg. Wurm berechtigte Klagen vor, die aber von den Vertretern der kapitalistischen Interessen für unrichtig erklärt wurden. Wurm wies darauf hin, daß die Fabrikärzte von den Fabrikanten bei der Abgabe ihrer Urtheile über Krankheit oder Arbeitsunfähigkeit zu ungunsten der Arbeiter beeinflusst werden. Jetzt bringt die neueste Nummer der seit Anfang dieses Jahres erscheinenden „Medizinischen Reform“, Organ für die gesammten wirthschaftlichen und sozialen Interessen der Aerzte Deutschlands, einen Artikel: „Die Krankenkassen und die Aerzte“, welcher vollaus das bestätigt, was von unserer Seite über die Abhängigkeit der Aerzte und die hierdurch entstehende Benachtheiligung der Arbeiter gesagt wird. Die „Medizinische Reform“ schreibt, daß im Verein der Aerzte zu Amstetten Dr. Steinl-Waldhofen über die Krankenkassenfrage sprach und u. a. die Forderung aufstellte:

Freigabe der Arztwahl, eine Forderung, die nicht nur im Interesse der Arbeiter, sondern auch in dem der Aerzte erhoben werden muß. Die Erfahrung hat nämlich gezeigt, daß die angestellten Kassenärzte der Willkür der Kassenleitung vollständig preisgegeben sind und als Untergebene der Kassen betrachtet und behandelt werden. Ist die Arztwahl aber freigegeben, so ist eine Vergewaltigung aller Aerzte eines Ortes oder Bezirkes einfach undenkbar.

Sehr richtig! Die „Medizinische Reform“ wird sich ein Verdienst erwerben, wenn sie solche Vergewaltigungen zur öffentlichen Kenntniß bringt. —

**Außer Wettbewerb.** Nun mag der Ruch in der Brust jedes Patrioten seine Spannkraft üben, die „Nord-

schneller gegangen und früher angekommen wäre,“ bemerkte Andrej. „Das Schicksal eines jeden ist in dem Schicksals-buche eingeschrieben, und er kann dem nicht entgehen,“ fügte er, halb ernst, halb scherzend hinzu.

Gregor sagte, es wäre immer gut, wenn der Mensch das Geschick in der Gestaltung seines Schicksals unterstützte. Sie dankten beide Tanja, daß sie sie zu warnen gekommen war.

Lena fragte zuerst, wie Tanja es angestellt hatte, um aus dem Hause, welches wahrscheinlich bewacht wurde, zu entkommen.

„Sind Sie sicher, daß Ihnen niemand folgte?“ fragte sie.

Tanja mußte nicht, dachte aber, daß sie nicht versorgt wurde. Dann erzählte sie offen ihre Zweifel und Befürchtungen des Morgens, und zu welchem Mittel sie gegriffen, um die Spur eines möglichen Verfolgers abzuschütteln.

Lena klatschte in die Hände.

„Nun, Sie haben Ihre Rolle glänzend gespielt, Tanja Grigoriewna!“ rief sie aus. „Keine von uns hätte sich in dieser Situation besser benehmen können.“

„Wirklich?“ sagte das erröthende Mädchen. „Ja hab' es durchaus nicht vermuthet.“

„Um so besser,“ bemerkte Gregor, „Sie haben ein angeborenes Talent.“

Er war entzückt, daß Tanja einen kleinen Beweis von Geistesgegenwart und Geschicklichkeit geliefert hatte, und fast glücklich, als er die sympathischen Blicke seiner Freunde bemerkte.

Nachdem Tanja ihren Auftrag ausgerichtet hatte, erhob sie sich, um fortzugehen. Ihr Kaltgefühl rieth ihr, nicht länger zu bleiben, als nöthig war. Gregor blickte sie enttäuscht an. Sie wollte gehen, ohne ein Wort mit ihm gewechselt zu haben! Das war schlecht von ihr. Ihr Bericht über die äußeren Vorfälle der vorigen Nacht war sehr gut für die anderen; er wünschte aber von dem theuren Mädchen so viel als möglich über ihre inneren Eindrücke und Gefühle bei dieser entscheidenden Probe zu hören. Tanja scheute sich aber, länger zu bleiben.

deutsche Allgemeine Zeitung“ verkündet an leitender Stelle ihren Gläubigen: „In einer Sache wird auf der Weltausstellung in Chicago das Deutsche Reich außer Konkurrenz sein; denn keines der auf den übrigen Gebieten mit uns dort in Wettstreit tretenden Kulturländer kann auf dem Gebiete der Arbeiterfürsorge Aehnliches aufweisen, wie für Deutschland durch die Ausstellung des Reichs-Versicherungsamtes veranschaulicht wird.“ Folgt ein langes Loblied auf die „gewaltigen Tableaux (Uebersichten)“, welche darstellen, was an Fürsorge die Reichs-Versicherungsgesetze dem deutschen Arbeiter im Falle der Krankheit, des Unfalls, der Invalidität und des Alters leisten, die denselben beigefügte reichhaltige Bibliothek der bezüglichen Gesetze, Bestimmungen, Berichte u. s. w., endlich aber nicht minder die Darstellungen der aus der berufsgenossenschaftlichen Unfallversicherung erwachsenen Hilfsmittel der Unfallverhütung.“ Kein anderes Land könne eine „Fürsorge solchen Umfangs“ für die Arbeiter aufweisen, „ein Beweis, wie unsre Sozialpolitik dem Frieden im Innern zu dienen beflissen war.“ Da die Sozialpolitik im Einverständnis mit der aufgeklärten Arbeiterschaft die ganze Versicherungs-Gesetzgebung als eine bürokratisch uniformirte Armenpflege zur Genüge gekennzeichnet hat, die mit der sozialen Reform aber auch gar nichts zu thun hat, so bedarf die muntere Prahlerei des offiziellen Blattes keiner eingehenden Beurtheilung. Nur einen Einwurf haben wir geltend zu machen: Das Register dieser Arbeiterfürsorge hat ein Loch. Oder sind jene „gewaltigen Tableaux“ nicht erstaunlich lückenhaft, da sie kein Sterbenswörtchen enthalten von dem Arbeitereth der Gewerbenovelle, von den durchlöchernten Sonntagruhe-Bestimmungen, von dem Rückzug, den die Reichsregierung angetreten hat, nun die Sonntagruhe der gewerblichen Arbeiter zu regeln ist. Warum giebt es keine „Tableaux“, welche theils graphisch, theils in Zahlen darstellen, wie die deutsche Arbeiterbewegung unter dem neuen Kurs sich mit Polizei und Justiz, mit der Verwaltung und den Gerichtshöfen auseinandergesetzt hat? Und so gar nichts soll man in Chicago erfahren von der Arbeiterfürsorge in den staatlichen Musterbetrieben, nichts von den Bergarbeitersausständen, nichts von Saarbrücken und nichts von Bochum? Hätte nicht der preussische Eisenbahnminister auch ein Wörtchen mitzureden? Was vermögen die anderen Länder gegen diese soziale Königthum Preussisch-Deutschlands? Was England, die Schweiz, Oesterreich mit ihrem Normalarbeitstag und ähnlichen Kleinigkeiten? Der englische Jehnntudentag und die englische Fabrikinspektion, die englische Koalitionsfreiheit, die englischen Arbeiter-Enqueten, sie wiegen leicht gegenüber dem „Zeitfaden der Arbeiterversicherung des Deutschen Reichs“, englisch wie deutsch zu haben und verfaßt vom Mitgliede des Reichs-Versicherungsamts, Dr. Jacher, dem früheren Polizeirath und Verfasser des berühmten Druckhefts: „Die rothe Internationale.“ In der That, das Deutsche Reich ist hier hors concours, außer Wettbewerb. —

**Die Brothvertheurer an der Arbeit.** Den Junkern ist der Ramm gewaltig geschwollen, und ihre selbstlose Gesinnung tritt mit erkennlicher Offenheit zu Tage. Sie rüsten sich, den Bund der Landwirthe“ zu stiften, sie kämpfen für den Differenzialzoll auf russisches Brotkorn und alarmiren ihre Mannen von Ostelbien bis nach Franken gegen den deutsch-russischen Handelsvertrag, auf daß nicht der russische Roggen, auf den der deutsche Bedarf unmittelbar angewiesen ist, gleich dem österreichischen nur mit 8,50 W., statt wie bis jetzt mit 6 W. für den Doppelzentner verzoollt werde. In Bromberg, in Belgard, in Würzburg, wo der unterfränkliche Vollblut-Agrarier Freiherr Karl v. Thüngen-Rosbach, der Adressat des Bismarck'schen, die Schutzvoll-Mera feierlich eröffnenben „Bauernbriefes“ vom 16. April 1879 sein Wesen treibt, überall, in Versammlungen und in landwirthschaftlichen Kränzchen demonstrieren die nothleidenden Landwirthe zu gunsten der Brothvertheuerung. Am 16. d. M. werden in Berlin die Vorstände der landwirthschaftlichen Centralvereine der alten preussischen Provinzen zusammentreten, um eine Denkschrift über die Lage der Landwirtschaft im nordöstlichen Deutschland festzustellen und gegen den Abschluß eines deutsch-russischen Handelsvertrages auf Grundlage des deutsch-österreichischen „Verwahrung einzulegen“. Wie die „Kreuz-Zeitung“ meldet, soll der Kaiser gebeten werden, „persönlich von diesen Wünschen Kenntniß zu nehmen“. Mag die Volksmasse durch den Brotzoll auch

„Sie haben vielleicht einige Geschäfte zu erledigen,“ sagte sie ihm in vertraulichem Geflüster; „ich will Ihnen nicht im Wege stehen.“

„Ach nein, bitte bleiben Sie,“ bestand Gregor. „Dies ist kein geschäftliches Zusammentreffen. Sie müssen nicht fortfeilen.“

Andrej wiederholte die Versicherung und schloß sich Gregor's Drängen an, da sie schon einmal da war, auch noch ein Weilchen zu bleiben. Ihres Vaters Haus sei nicht mehr sicher, und sie würden sich wahrscheinlich nicht so bald wiedersehen.

Andrej sprach sie kaum an, sondern überließ sie ganz Gregor. Er schenkte ihr kaum einige Aufmerksamkeit und sprach mit Lena, die er über Annie Wulfsich befragte. Er schien in Lena's Bericht über das junge Mädchen, welcher seinen eigenen günstigen Eindruck bestätigte, vertieft zu sein, aber das Bewußtsein von Tanja's Gegenwart verließ ihn nicht, erfüllte ihn mit stiller Freude, gleich dem Gefühle, welches man im Sonnenlicht oder bei der Schönheit einer Landschaft empfindet, während man in die mannigfachsten Gedanken vertieft ist.

Als sich Tanja eine halbe Stunde später erhob und sagte, daß ihr Vater unruhig würde, wenn sie länger bliebe, war es Andrej, als ob das Zimmer dunkler geworden wäre und ihm etwas fehle.

„Welch reizendes Gesicht,“ sagte Lena, als das Mädchen gegangen war.

Andrej lächelte.

„Ich weiß nicht,“ befragte Gregor in diesem Punkte,“ sagte er, auf seinen Freund hinweisend, der seine Freundin die Treppe hinunter begleitet hatte. „Ich bin kein guter Richter in solchen Dingen.“

Es war übertriebene Bescheidenheit von Andrej's Seite — wenigstens bei dieser Gelegenheit, denn im Innern stimmte er mit Lena vollkommen überein. Das Gesicht des Mädchens war ~~hervor~~ wirklich reizend. Was hatte dies schließlich aber mit Gm zu thun?

Gregor lehnte zurück und sie nahmen die Unterhaltung wieder auf, welche Tanja's Ankunft unterbrochen hatte. (Fortsetzung folgt.)



# Parlamentarisches.

bedrückt werden, was thut's? Der Wunschzettel der Denkschrift ist so reichhaltig, wie die Speisekarte eines fürstlichen Banketts. „Keine weitere Abbröckelung der Schutzzölle“, Fünftausendzoll für russischen Roggen, keine Viehhandels-Konvention mit Rußland (die Fleischpreise sind den deutschen Konventionen noch immer nicht hoch genug), staatlicher Schutz für die „nationale Wollproduktion“, d. h. Wollzölle zu Gunsten der Herren Viehzüchter, Ausfuhrprämien, Wiedereinführung der Erbpacht (lies: gesetzliche Einrichtung einer neuen Hörigkeit), Maßregeln gegen die Differenzgeschäfte der Produktenbörse und Mitwirkung der Produktion (lies: der Schnapsbrenner) bei Festsetzung der Preisnotizen auf den Produktenbörsen u. s. w. u. s. w. Im preussischen Abgeordnetenhaus, wo die „Edelsten und Besten“ so recht unter sich sind, hatte vorige Woche der Arents'sche Antrag zu stürmischen Auseinandersetzungen geführt. Dr. Arents, das Schreckenskind der Freikonserativen, derselbe, dem Graf Mirbach-Sorquitten auf die Brüsseler Münzkonferenz einen Empfehlungsbrief an seinen „Körperbruder“, den deutschen Gesandten in Brüssel, mitgegeben hat, verlangte belamlich, die preussische Regierung solle im Bundesrath dahin wirken, daß bei den bevorstehenden Handelsvertrags-Verhandlungen mit Rußland ... die Interessen von Landwirtschaft und Industrie besser genahrt werden, als dies bei den Handelsverträgen mit Oesterreich und der Schweiz der Fall gewesen ist. Diese Tonart hat offenbar in den Kreisen, mit denen das Junkertum zu rechnen hat, verstimmt, und so ist der Arents'sche Antrag zurückgezogen worden. Dafür beantragen nun beide konservative Fraktionen des Abgeordnetenhauses, die preussische Regierung solle dafür sorgen, daß bei den Handelsvertrags-Verhandlungen „die Interessen der Landwirtschaft und Industrie ausgiebig genahrt werden“. Statt in Stulpenstiefeln marschieren die Agrarier jetzt in Schnallenschuhen. Und ist es nicht die höchste Zeit, angesichts der Lebensmittelzölle, der Holzölle, der Zuckerprämie, der Liebesgabe ausgiebig die Junkerprofite in Acht zu nehmen? Daß Reichsangelegenheiten im preussischen Landtage munter erörtert werden, ist recht und billig, da es sich um die Blutmaske mit dem Destrillfolschen im Wappenschild handelt. Wenn aber die Arbeitervertreter soziale Uebelstände, wie sie etwa in preussischen Staatsbetrieben zu Tage treten, kritisch beleuchten, oder die erbauliche Thätigkeit des Stadtraths Bürgermeisters eindringlich kritisieren, so wird über diesen Eingriff in „preussische Angelegenheiten“ beweglich geklagt. Ja, wenn es sich um Agrariergeschmeißen handelte! —

**Der Sozialismus in der Schweiz.** Auch in der französischen Schweiz macht die Arbeiterbewegung erfreuliche Fortschritte. Bei der am 12. Februar stattgehabten Ersafwahl eines Nationalrats für die Bezirke Vevey, Montreux am Genfer See erhielt der liberale Kandidat Oberst Ceresole 6612, der Arbeiterkandidat Fauquez, Redakteur des „Ecriti“, des Organs der romanischen Sektionen des Kritikervereins, 4180 Stimmen. Fauquez ist Sozialist und trat in der Wahlkammerung als solcher auf. Da die Arbeiterpartei zum ersten Male in diesem Bezirke selbständig vorgegangen ist, erscheint die hohe Stimmenzahl, die auf Fauquez fiel, um so beachtenswerther. —

**Der Panama-Schwindel** fortzusetzen, ist nach wie vor das Ziel vieler industriellen Leute in Frankreich. Ein Ingenieur ist jetzt von der Familie Bessery nach Panama geschickt worden, um zu erforschen, wie weit dort die Arbeiten gediehen sind, wie viel noch brauchbar ist, und wie viel zur Vollenendung noch nöthig. Die Unternehmung hat ein bloß theoretisches Interesse. Nach genauen englisch-amerikanischen Schätzungen, die schon vor 8 oder 4 Jahren gemacht wurden, bedürfte es eines Kapitals von mindestens 700 Mill. Frank., um den Kanal fertig zu stellen. Zwischen haben aber die früheren Arbeiten so sehr Schaden gelitten, daß sie fast werthlos sind und alles von vorn angefangen werden muß. Dann reicht aber eine Milliarde nicht aus. Der Panama-Kanal gehört eben zu jenen Unternehmungen, die jenseits des Horizonts der Privatspekulation liegen. Er wird nur zu Stande kommen, wenn die Vereinigten Staaten von Amerika die Sache in die Hand nehmen. —

**Die französischen Arbeiterbörsen** sind zu einem „Bunde“ (Fédération nationale des Bourses du Travail) vereinigt. Dieser Bund hält jetzt in Toulouse seinen zweiten Kongress. Vertreten sind u. a. die Börden von Paris, Rouanne, St. Etienne, Montpellier, Marseille, Lyon, Cognac, Algier, Nantes, Bille u. s. w. Der Bürgermeister und Stadtrath von Toulouse bereiteten den Delegirten einen feierlichen Empfang. Wir werden das Ergebnis der Verhandlungen mittheilen, die eine größere Konzentration der Arbeiterbestrebungen zum Ziel haben. —

**Gomerule.** Das Telegramm über die gestrige Rede Gladstone's und die Grundzüge der neuen Gomerule-Vorlage ist unseren Lesern in der heutigen Nummer noch mitgetheilt worden. Das Telegramm, obgleich ziemlich lang, ist sehr unvollständig, und auch die seitdem eingelaufenen Telegramme ergänzen nicht alle Lücken, und klären nicht alles Unklare auf. Wir wollen deshalb mit unserer Kritik warten, bis wir morgen ausführlichen Bericht haben. Nur so viel: einen demokratischen Maßstab darf man an die Bill nicht legen. Gladstone ist gezwungen, das Bestehende zu schonen und sich ihm anzupassen. Ob er in dieser Schonung zu weit oder nicht weit genug — nach englischen Verhältnissen — gegangen ist, läßt sich noch nicht übersehen. Die Opposition wird die Bill auf das heftigste bekämpfen und ein großer Erfolg wäre es, gelänge die Durchführung — immer vom Standpunkt englischer Völkropolitik aus betrachtet.

Ueber die Aufnahme der Bill meldet ein Telegramm vom heutigen Nachmittag:

Der (konservative) „Standard“ hält Gladstone's Gomerule-Projekt für unausführbar und unmöglich. Die „Morningpost“ wie auch die (ministerielle) „Daily News“ geben zu, daß die jetzige Bill derjenigen von 1886 gegenüber eine Verbesserung bedeute. Die „Morningpost“ sagt hinzu, die jetzige Bill habe auch eine bessere Aufnahme erfahren. Das Blatt tadelt aber ebenso wie die „Times“ den Mangel jeder Klausel zum Schutz der Minorität der Protestanten und die Vertagung der Agrar-gesetzgebung. Die „Times“ sprechen sich gegen die Bill aus, weil sie keine definitive Lösung enthalte. In der Provinz wird die Gomerule-Vorlage ziemlich kühl aufgenommen. Die Gladstone'schen Organe in Wales fordern als Vorbedingung für die Annahme der Bill die zu gleicher Zeit zu bewirkende Trennung der Kirche und des Staates in Wales. —

**Sitzung der Militär-Kommission.** In langer Geschäfts-ordnungs-Debatte beschäftigt sich die Kommission mit der Frage, ob in die Diskussion über den in voriger Sitzung angeführten Antrag Richter, welcher in 16 Absätzen feststellt, welche Resultate die Finanzberatung der Kommission und die Untersuchungen der Subkommission ergeben haben, eingetragen werden soll oder nicht. Während der Zeit, die auf diese unfruchtbare Debatte verwendet wurde, hätte man ganz gut den Antrag selbst diskutieren können. Schließlich wird der Richter'sche Vorschlag, in die materielle Würdigung seines Antrages nach Erledigung der Beratung über die zweijährige Dienstzeit einzutreten, angenommen.

Nachdem auf diese Weise eine Stunde verstrichen ist, plaidirt Herr von Bennigsen für Annahme seines Antrages, die zweijährige Dienstzeit für die Fußtruppen nicht verfassungsmäßig, sondern nur auf so lange gesetzlich festzulegen, als die durch die gegenwärtige Vorlage festzusetzende Friedenspräsenzstärke nicht vermindert werde.

Richter wendet sich in längerer Rede gegen Bennigsen, dessen Vorschläge einfach auf das Aternat hinauslaufen. Bei so großen Bemühungen, die man dem Volke zumutet, müßten gesetzliche Grundlagen gegeben werden, dürfte nicht die Regelung militärischen Verwaltungsmagazinen überlassen bleiben. Er wendet sich auch gegen das Centrum, dessen Redner im Plenum sich merkwürdiger Weise auf den Bennigsen'schen Standpunkt gestellt habe.

Rebel erklärt sich namens seiner Parteigenossen entschieden für verfassungsmäßige Festsetzung verkürzter Dienstzeit. Sodann begründet er den sozialdemokratischen Antrag, nicht bloß für die Fußtruppen, sondern für alle Waffengattungen die zweijährige Dienstzeit einzuführen, wobei er jedoch zugleich Verwahrung dagegen einlegt, als ob damit seitens der Sozialdemokratie die zweijährige Dienstzeit grundsätzlich anerkannt würde. Er beruft sich für die Möglichkeit, die kürzere Dienstzeit auch bei der Kavallerie, reitenden Artillerie u. s. durchzuführen, u. a. auf Neuerungen des Generals v. Boguslawski, auf die tatsächlichen Verhältnisse in der Schweiz und darauf, daß auch bei den Einjährigen kein Unterschied zwischen Fußtruppen und Kavallerie besteht. Man beschränke sich bei der Ausbildung der Truppen lediglich auf das, was zur Kriegstüchtigkeit in der Einheit gehört, unter Hinweglassung aller Paradeziererei und sonstiger überflüssiger Dinge, dann sei eine einschneidende Verkürzung der Dienstzeit recht wohl durchführbar.

Stumm wendet sich gegen Rebel und unterstützt die Bennigsen'schen Kompromißvorschläge. Bennigsen bestreitet, daß seine Vorschläge zum Aternat führen würden. Richter begründet ausführlich den reinmilitärischen Standpunkt. Die Debatte bewegt sich fast durchweg im Rahmen der schon im Plenum gepflogenen Verhandlungen.

Der Reichstanzler antwortet auf die Frage Richters, welche Absichten die Regierung denn eigentlich mit dieser Vorlage verfolgen: Die Regierung habe eingesehen, daß aus politischen Gründen eine erhebliche Verstärkung des Heeres nöthig sei. Um eine solche zu ermöglichen, habe man sich zur Einführung der zweijährigen Dienstzeit entschlossen, müsse aber dafür unbedingt die vorgeschlagene Kompensation haben, ohne welche bedeuende die verkürzte Dienstzeit den „Kain der Armee“. Der nach zweijährigem Dienst entlassene Mann solle nicht wieder einberufen werden, wenn nicht „eine zwingende Nothwendigkeit“ dafür vorhanden sei. Was die gesetzliche Seite der Frage betreffe, so müsse die Regierung Garantien dafür haben, daß an der für die Durchführung der Dienstzeitverkürzung nöthigen Friedenspräsenzstärke nicht gerüttelt werde, daß der Reichstag nicht die Regierung einmal lügen lasse. — Was die Zunahme der Ungleichheit in der Armee betreffe, wenn man den Infanteristen zwei, den Kavalleristen drei Jahre dienen lasse, von welcher Rebel gesprochen, so solle eben einer solchen Vermehrung der Ungleichheit dadurch vorgebeugt werden, daß der Infanterist nicht schon nach dem zweiten Jahre in die Reserve übertritt, sondern „Dispositionsurabruar“ bleibe! Der Kavallerist aber müsse drei Jahre bei der Truppe behalten werden, mit einer Schwadron Einjähriger könne man keine solche Attacke wagen, wie mit dreijähriggedienten Reitern. Mit einer enthusiastischen Vertreibung des Paradedrills schließt der Kanzler seine sonst in recht elegischer Tone gehaltene Rede.

General von Soller beantwortet verschiedene Fragen Richters. Für die Oekonomienhandwerker und den Train sei die zweijährige Dienstzeit beabsichtigt. Das Nachdienen für Beurlaubte solle nicht stattfinden. Während des ersten Jahres der Ueberzugsperiode müßten die Dienstpflichtigen das dritte Jahr noch ab dienen, so weit es zur Komplettirung der Friedenspräsenzstärke nöthig sei.

Um 1 Uhr wird die Sitzung auf morgen Vormittag  $\frac{1}{2}$ , 11 Uhr vertagt.

# Parteinachrichten.

**Protest-Versammlungen** gegen die Militärvorlage sind weiter abgehalten worden in Hochheim (Ref. Reichhans-Gräf), Koflan in Anhalt (Ref. Reichthags-Abgeordneter Hoffmann aus Chemnitz), Elberfeld (Ref. Reichthags-Abgeordneter Harm), Remagen (Reservet. Renner-Flugsburg), Tangermünde (Ref. Gerisch-Berlin).

Die erwähnte Elberfelder Versammlung nahm außer einer Resolution gegen die Militärvorlage noch einen Antrag an, in welchem unter Berufung auf die jetzt vorliegende Arbeitslosen-statistik die Stadtverwaltung ersucht wird, sofort Arbeiten in Angriff zu nehmen, um dem herrschenden Elend wenigstens zum Theil abzuhelfen. — Keine neuen Soldaten, Arbeit und Brod fürs Volk — das ist die Meinung der Mehrheit der Elberfelder.

**Betheiligung an den Gemeindevahlen** beschlossen die Parteigenossen von Soßen am Harz. Im braunschweigischen Dorfe Wolfsgraben sind die Genossen in der dritten Klasse diesmal zum ersten Male mit einigen Kandidaten auf den Plan getreten und haben diese — drei an der Zahl — auch siegreich durchgebracht. Ebenso sind im Dorfe Afferfeld trotz erstmaliger Betheiligung unserer Genossen die in derselben Klasse aufgestellt gewesenen drei sozialdemokratischen Kandidaten gewählt worden. Unsere Bewegung macht in den ländlichen Orten Braunschweigs besonders gute Fortschritte, seitdem die Bauern durch den „Landboten“, eine besondere Ausgabe des „Braunschwe. Volksfreunds“, über den Sozialismus unterrichtet werden.

**Reichthagskandidatur.** Für den 17. württembergischen Wahlkreis (Ravensburg-Teinach) ist von einer Konferenz, die am 12. Februar in Mülendort stattfand, Genosse Lauffer in Stuttgart zum Kandidaten bestimmt worden.

In Schweiß findet am 16. Februar eine Wahl zum reichs-schen Landtage statt, zu welcher von unserer Partei Hugo Rödiger aus Gera als Kandidat aufgestellt ist. Am Sonntag ist in allen Orten des Wahlkreises ein sozialdemokratisches Flugblatt vertheilt worden, wobei die Beobachtung gemacht wurde, daß die Landbevölkerung diesmal für unsere Bestrebungen regeres Interesse hat als sonst. Auf alle Fälle können wir eine beträchtliche Steigerung unserer Stimmenzahl erhoffen.

**Parteiangelegenheiten.** Der Sozialdemokratische Verein für den 8. Hamburger Wahlkreis erzielte im vorigen Jahre an Mit-

gliederbeiträgen und sonstigen ordentlichen Einnahmen 16 141,10 M.; an außerordentlichen Einnahmen 18 432,26 M., insgesammt 29 573,36 M. Die Ausgaben betragen, eingerechnet 6000 M., die auf der Sparkasse und der Bank angelegt sind, insgesammt 29 167,57 M., sodast, einschließlich des vorvorjährigen Restenbestandes von 3572,31 M., ein Restenbestand von 3955,10 M. verblieb. Unter den Ausgaben befinden sich 3504,89 M. für Agitationen u. s. Kosten, 2496,10 M. für das Notstands-Komitee und die Notstands-Statistik, und 2000 M., die dem Vertrauensmann überwiesen wurden. Der Wahlverein umfaßt die zum Theil dicht bevölkerten, nachfolgend verzeichneten Distrikte, aus welchen die Mitgliedsbeiträge à 20 Hg. der Zahl nach so eingingen: Gimsbüttel 6081 Beiträge, Barmbeck 11 050, Uhlenhorst 4266, Gildes 3800, Hamm 6366, Rothenburgsdorf 5702, Höhenfelde 2300, Harvesbüde 2568, Eppendorf 4207, Bergedorf 1804, Gesehacht 1033, Billwärder 1596, Kirchwärder 198, Finkenwärder 130, Moorburg 91, Fuhsbüttel 628, Neuengamme 104, Cuxhaven 25 Beiträge.

**Die Sozialdemokratie Nordböhmens** hielt am 5. Februar in Reichenberg eine Landeskongress ab, auf der die Orte Reichenberg, Gablonz, Josefthal, Krahan, Barmndorf, Proschwitz, Wobdenbach, Zerlik, Reichenau, Ruffig, Grottau, Jandorf, Niemes, Gabel, Wolfsberg, Rumburg, Schönlinde, Steinachnau, Rastenberg, Reustadt, Friedland, Eichwald, Rosenthal, Zannwald, Rochlitz, Ehrenberg, Georgswalde, Nirdorf, Karlinsfeld, Keldorf, Rupperdorf, Johannesberg, Morcheßtern, Wiesenthal, Polane, Antoniwald, Paulsdorf, Ratschenorf, Gabendorf und Dörfel vertreten waren. Die Kongress beschloß die Maßregeln gemäß den Beschlüssen der Wiener Reichskongress abzuhalten, wonach als würdigste Form der Feiern die Arbeitsraus anzustreben ist. Ueberall sollen am Vormittag des 1. Mai Volksversammlungen, am Abend Feste stattfinden, die der Bedeutung des Tages entsprechen. Den Bezirksorganisationen ist es jedoch überlassen, die Art und Weise der Feiern nach den gegebenen Verhältnissen durchzuführen. Die übrigen Verhandlungen betrafen Verwaltungsangelegenheiten. Ueber den Stand der Presse wurde mitgetheilt, daß sich die finanzielle Lage der in Reichenberg erscheinenden Zeitung „Der Freigeist“ gebessert habe. Ende Januar 1892 hatte er 818 fl. Schulden, Ende Januar 1893 nur 128 fl. 37 kr. Die Summe der Ausgaben beläuft sich auf nicht weniger als 1685 fl. Die Auflage des „Freigeist“ beträgt gegenwärtig 4200 Exemplare.

**Fortschritte der Organisation in Oesterreich.** Im Monat Januar sind in Oesterreich folgende neue Organisationen gegründet worden: In Wien: Les- und Diskurs-Verein „Karl Marx“ im XVI. Bezirk. In Oberösterreich: Allgemeine Arbeiterverein in Schärding. In Böhmen: Fachverband der Textilarbeiter in Wsch; politischer Verein „Eintracht“ in Böhmisch-Tepla; Bergarbeiter-Fachverband in Grottau; Arbeiter-Bildungsverein in Kammersdorf. In Mähren: Allgemeiner Fortbildungs- und Unterstützungsverein für beide Geschlechter in Deutsch-Wiebau.

**Polizeiliches, Gerichtliches u.**

Ueber die Ursache der Verhaftung des Genossen Emmel in St. Johann theilt die frankfurter „Volkstimme“ folgendes nähere mit: Im Inseratentheil der Nr. 24 der „St. Johanner Zeitung“ vom 28. Januar befand sich folgende Annonce: „Erklärung. Hiemit gebe ich die Erklärung ab, daß ich vor etwa 3 Wochen aus der sozialdemokratischen Partei ausgetreten bin. Den Grund dazu gab der Vertrauensmann der Partei, Herr Emmel. Derselbe philantrop und schädigte mich, als meine Frau den an sie gestellten Anerbietungen aus dem Wege ging. Eine derartige Handlungsweise vermag ich nicht mit meinen Begriffen von Recht und Ehre in Einklang zu bringen. J. Bach, Schuhmachermeister, St. Johann.“ Emmel ließ diese Erklärung im dortigen Parteiblatt abdrucken und fügte folgendes hinzu: „Es unterliegt keinem Zweifel, daß bei der Anstrengung einer Klage die „Ehrenmänner“ Bach, Schade und Zimmer wegen öffentlicher Verleumdung verurtheilt würden. Doch habe ich keine Lust dazu, gutes Geld an schlechte Kerle zu hängen, und erkläre daher: die obenstehende Erklärung des Herrn Bach ist eine gemeine Lüge.“ Bach denunzirte nun Emmel bei der Staatsanwaltschaft wegen Vergehens gegen § 176 des Reichs-Strafgesetzbuchs, begangen an der Frau des Bach. Diese machte sich zur Führerin ihres Mannes und beschwor, wie wir vernahmen, daß Emmel sich des bezichtigten Vergehens schuldig gemacht habe. Infolge dessen wurde Emmel am Montag Morgen verhaftet und geschlossen in das Justiz-Versteckhaus abgeführt. Wir brauchen wohl nicht weiter zu erklären, daß die Beschuldigung auch nicht einen Schein von Verächtlichkeit hat, sondern daß Emmel das Opfer rachsüchtiger Verleumdung geworden. Der Ehemann Bach ging Emmel um Vermittlung zur Aufbringung eines Darlehens an, und als dieser die Vermittlung verweigerte, drohte er schon damals, er werde es Emmel noch eintränten. Jetzt hat er seine Drohung ausgeführt. Sie wird dem sauberen Herrn noch bitter aufstoßen. Denn bereits am Mittwoch Nachmittag wurde, wie wir berichtet, Emmel ohne jegliche Kautelen aus der Haft entlassen. Seine Unschuld scheint demnach sich vollständig herausgestellt zu haben. Dagegen ist dem Vernehmen nach die Ehefrau Bach, welche in der Denunziation Bach, Schade, Zimmer als Jungfrau fungirte, wegen Verdrachts des Meineids verhaftet worden. Die gegenwärtigen Blätter nühten natürlich die schuldlose Verhaftung Emmel's nach Kräften aus, wir wollen abwarten, ob sie so viel Anstandsgefühl haben, ihre Wuththeilungen richtig zu stellen.

**Werkstattliches.** In einer Dortmunder Arbeiter-Losere-Versammlung hatte der Polizei-Inspektor Richard dem Redner vorkütern das Kritifiren der Geistlichkeit verboten, und diesen verhaftet, als er sich die polizeiliche Einmischung nicht gefallen ließ. Der Polizei-Inspektor ließ ihn dann wieder mit der Bemerkung frei, er habe die Verhaftung nur angeordnet, um den Redner am Weiterprechen zu hindern. Nichtern stellte nun bei der Dortmunder Staatsanwaltschaft gegen den Beamten wegen widerrechtlicher Freiheitsberaubung Strafantrag. Der Erste Staatsanwalt Haarmann hat den Antrag abgelehnt. Der Polizei-Inspektor sei, keineswegs nur zur Ausübung der im § 4 ff. der Verordnung betr. das Verwaltungs- und Vereinsrecht vom 11. März 1850 ihm speziell beigelegten, sondern auch zur Geltendmachung der der Polizei und deren Organen durch die anderweitigen gesetzlichen Vorschriften, insbesondere die §§ 10 ff. Allgemeinen Vandrechts Teil II Titel 17, das Gesetz über die Polizeiverwaltung vom 11. März 1850 und das Gesetz zum Schutze der persönlichen Freiheit vom 12. Februar 1850, generell übertragenen Befugnisse berechtigt und verpflichtet. Zum generellen Beruf der Polizei gehört es aber, nicht nur gegen bereits erfolgte Störungen der öffentlichen Ordnung einzuschreiten, sondern auch drohenden Störungen rechtzeitig vorzubeugen. Ob solche zu befürchten sind, hat der Polizeibeamte in jedem einzelnen Falle nach pflichtmäßigem Ermessen zu prüfen und zu beurtheilen. Wenn daher der Polizei-Inspektor der pflichtmäßigen Ansicht war, daß durch die von Ihnen ausgeprochenen beleidigenden Äußerungen über die Geistlichkeit und Ihr weiteres Verhalten die öffentliche Ruhe und Ordnung gefährdet war, so war er nicht nur berechtigt, sondern auch verpflichtet — in Gemäßheit des § 6 des Gesetzes vom 12. Februar 1850 zum Schutze der persönlichen Freiheit, Ihre Person in polizeiliche Verwahrung zu nehmen. Von einer rechtswidrigen Freiheitsentziehung (§ 341 des Str.-G.-B.) kann sonach im vorliegenden Falle keine Rede sein.“ Der Abgewiesene wird nun an die Oberstaatsanwaltschaft und von da an die Gerichte gehen. Die Auffassung des Ober-Verwaltungsgerichts und des früheren preussischen Obertribunals über die Befugnisse und „Pflichten“ von Polizeibeamten weicht von der des Staatsanwalts erheblich ab, so daß die Beschwerde wohl von Erfolg sein wird.



Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

### Theater.

Mittwoch, den 15. Februar.  
Opernhaus. Die Feyer.  
Schauspielhaus. Des Meeres und der Liebe Wellen.  
Deutsches Theater. Zwei glückliche Tage.  
Berliner Theater. Othello.  
Festung-Theater. Heimath.  
Wallner-Theater. Die Großstadtluft.  
Kroll's Theater. Der Barbier von Sevilla.  
Victoria-Theater. Die Reise um die Welt in achtzig Tagen.  
Residenz-Theater. Gläubiger, von Strindberg. Familie Pont-Biquet.  
Friedrich-Wilhelmstädt. Theater. Der Gardehufar.  
Adolph Ernst-Theater. Modernes Babylon.  
Thomae-Theater. Einen Zug will er sich machen.  
Neues Theater. Tosca.  
National-Theater. Die Braut von Messina.  
Alexandervplatz-Theater. Othello, der Rührer von Venedig.  
Apollo-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.  
Theater der Reichshallen. Spezialitäten-Vorstellung.  
Hausmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.  
Gebrüder Richter's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.  
Winter-Garten. Spezialitäten-Vorstellung.

Adolph Ernst-Theater.  
Zum 53. Male:  
Modernes Babylon.  
Gesangsspiel in 3 Akten v. Ed. Jacobson und W. Mannskind. Coupletts theilweise von G. Görs. Musik von G. Steffens. In Szene gesetzt von Adolph Ernst. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

American-Theater.  
Novität! Novität!  
Der Dussel  
(Nulpus)  
Parodistisch-realistischer Vorgang in der Dachkammer, frei nach Ibsen und Lofstov von Oscar Wagner.  
(Klemm-Edel, Maria Bendix.)  
Alfred Bender  
in seinem neuesten Originalvortrag  
Der Volksmund in Berlin.  
Blank, der beste Bauchredner.  
Unhaltender Erfolg.  
Die Trockenwohner.

Passage-Panopticum.  
Neu!  
Das unerklärliche Verschwinden eines frei in der Luft hängend. Mädchens.

Castan's Panoptikum.

Hagenbeck's gr. zoolog. Wunder:  
Lili.  
kleinst. lebend. Elefant d. Welt, 90 Zentimeter hoch, 110 Zentimeter lang, 78 Kilo schwer.  
Tai-za-Wunder-Illusionen-Theater.  
Grosses Künstler-Konzert.  
Sämmtlich ohne Extra-Entree.

Kaufmann's Variété  
Am Stadtbahnhof Alexanderplatz.  
Großartiger Erfolg des neuen Programms.  
Mr. Hendrik, Hugaston, Massias, Clark, Valois, Vanoni, Hurley's, Laurence, Türk u. s. w.  
Das Theater ist gut geheizt.  
Anfang Wochentags 8 Uhr.  
Entree 50 Pf.

Stodische, Klippische  
vorrätig in der Markthalle Ritterstraße.

### Circus Renz.

(Rarlstraße.)  
Mittwoch, den 15. Februar 1893,  
Abends 7 1/4 Uhr:  
Brillante Extra-Vorstellung  
mit besonders gewähltem Programm unter Mitwirkung sämtlicher Kunstspezialitäten, sowie Mr. James Phillis mit d. Schulpferde Marklr. Concert und Bal hippique von 8 Schimmelhengsten, Quadrille Friedrich d. Gross. geritten von 8 Damen und 8 Herren. Ben Azet, Schulpferde, geritten v. Fr. Mortens. Punsch, schwed. Ponnyhengst u. Zum Schluss d. Vorstellung:  
Ein Künstlerfest.  
Große Ausstattungs-Pantomime auf das Glänzendste in Szene gesetzt v. Direktor Fr. Renz. Ueberraschende Licht- und Wasserreflekte. Ballet von mehr denn 100 Damen. Großartiger in solcher Pracht noch niemals gesehener Blumen-Corso u.  
Morgen: Vorstellung mit neuem Programm u. „Ein Künstlerfest“.  
Billet-Vorverkauf an der Zirkuskasse u. beim „Invalidentank“, Marienstraße 61a.  
Fr. Renz, Direktor.

### Feen-Palast

Burgstr. 22, neben der Börse.  
Heute: Großer Doppel-Ringkampf  
Schweizer Gürtel-Ringkampf zwischen dem Athleten Herrn Wilh. Hüss und dem Athleten Herrn H. Schmidt. Griechisch-römischer Ringkampf zwischen dem Ringkämpfer Herrn R. Nogat und dem Herrn Paul Feldhahn genannt der Feuerländer. Instrumententräger. Beide Ringkämpfe dauern bis zur Entscheidung. Vorher:  
Gr. Spezialitäten-Vorstellung.  
Anf. 7 1/2 Uhr. Entree 50 Pf.

### Etablissement Morig-Platz Buggenhagen.

Täglich: Instrumental-Konzert.  
Großer Frühstücks- u. Mittagstisch. Spezial-Anschauung von Vahenhofer Lagerbier, hell und dunkel. An Sonn- und Festtagen findet das Konzert in den oberen Sälen statt.  
Entree Wochent. 10 Pf. Sonnt. 25 Pf. Säle für Versammlungen, Kommerse, Festlichkeiten u.

### Gratweil's Bierhallen

Kommandantenstraße 77-79.  
Täglich:  
Germania-Konzert- u. Komplet-Sänger sowie Auftreten des musikal. Clowns Mr. Barna und Damen-Imitator Willy Wilson.  
Gr. Frühstücks- u. Mittagstisch. Zwei Säle zu Versammlungen und Vergnügungen, sowie 6 Billards und 8 Regelbahnen.  
F. Sadtke.

### Münchener Brauhaus, Aktien-Gesellschaft.

Der Ausstoß unseres Bod-Bieres beginnt Mittwoch, den 15. Februar cr.  
Wir halten dasselbe in Gebinden den Herren Restaurateuren bestens empfohlen und bemerken gleichzeitig, daß wir unsere Biere weder in Flaschen führen noch solches in Gebinden an Privats direkt abgeben.  
Berlin N., Johannisstr. 18/19.  
Telephon-Amt III No. 8035. Die Direktion.

### Bekanntmachung.

Wir theilen hierdurch mit, daß wir vom 1. Januar 1893 ab den Preis elektrischer Energie für gewerbliche Zwecke auf 8610 L.  
20 Pfg. für 1000 Wattstunden ermäßigt haben. Auskunft wird in unserem Bureau Schiffbauerdamm 22 ertheilt.  
Berliner Electricitäts-Werke.

Dr. Thompson's Seifenpulver  
ist das beste und im Gebrauch billigste und bequemste Waschmittel der Welt.  
8510 L.

Unserem Rechtsanwalt C. Korf und seinem Nachbar S. Kirchner zu ihrem heutigen Wiegenfest ein dreifach donnerndes Hoch!  
Rauchklub „Ringelwolke“.  
Karl zerplatz' Dir nicht die Hofen! Herrmann tute mal!  
18416

### Allg. Kranken- u. Sterbefälle der Metallarbeiter

(S. S. 29) Berlin I.  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß das Mitglied Ferdinand Zeese am Sonnabend, den 11. Febr., plötzlich verstorben ist. Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 15. Febr., Nachm. 3 Uhr, auf dem Friedhof der Freireligiösen Gemeinde in der Pappel-Allee statt. Um zahlreiche Betheiligung ersucht  
18436 Der Vorstand.

Für die rege Betheiligung bei der Beerdigung meines Mannes, unseres Sohnes und Bruders Karl Seidel, sagen wir den Kollegen der Firma Gebr. Naglo, sowie allen Anwesenden unseren herzlichsten Dank.  
1840b Wittwe Seidel nebst Mutter und Geschwistern.

Dankagung.  
Allen Verwandten, Freunden und Kollegen, sowie besonders den Mitgliedern des Vereins der Hirschhauer, die bei der Beerdigung meines unvergesslichen Mannes, unseres Vaters, des Hirschhauers Herr W. Ballentin, demselben die letzte Ehre erwiesen haben, sprechen wir hierdurch unseren herzlichsten Dank aus.  
1830b Wittve Ballentin nebst Kindern.

### Klempner-Fachverein.

Die Bibliothek wird am Sonntag, den 19. d. M., eröffnet Ritterstr. 123. Wir bitten unsere Mitglieder, Freunde und Gönner, Werke, welche sie beitragen können, uns zuzuwenden.  
Der Bibliothekar.  
J. A. Sechow.  
187/8

### Parteigenossen vom 4. Reichstags-Wahlkreis.

Da ich durch jahrelange Krankheit meinen Beruf aufzugeben gezwungen bin, erlaube ich mir, die Genossen darauf aufmerksam zu machen, daß ich ab 1. März d. J. eine Zeitungspedition eröffne. Ich bitte die Gen. bei etwaiger Bestellung um gütige Berücksichtigung. Es wird mein Bestreben sein, für pünktliche Lieferung Sorge zu tragen.  
Achtungsvoll  
Albert Wendisch, Tischler,  
28792 Remelerstr. 6, Seitenfl. 3 Tr.

### Amerika, Zwischenbed.

öffnet. Billet 100 M. nur im Geschäfts-Lokal der Hamburg-Amerikan. General-Agentur August Langer, Platz vor dem Neuen Thor 1a, part., nicht Laden.  
Jedens Mittwoch  
frische Grützwurst.  
C. Laeske, Schlächtermeister,  
18445 Dranienstr. 2a.

### Gewerbegerichts-Wahlen.

Arbeitgeber!  
Diejenigen Arbeitgeber der Kommunal-Wahlbezirke 24, 25, 26, 27, welche sich in die Listen für das Gewerbegericht haben einschreiben lassen, wollen sich behufs Besprechung über die Wahlen und Aufstellung von Kandidaten  
heute, Nachmittag 5 Uhr,  
bei Henke, Blumenstraße Nr. 38,  
einfinden.  
Emil Böhl,  
368/7 Frankfurter Allee Nr. 74.  
Die Parteigenossen werden gebeten, die Arbeitgeber auf vorstehendes Inserat aufmerksam zu machen.  
D. O.

### Berein zur Wahrung der Interessen der Gast- u. Schankwirths Berlins u. Umgegend.

Freitag, den 17. Februar, Nachm. 5 Uhr, in Ehrenberg's Lokal, Annenstraße 16:  
Versammlung.  
Tages-Ordnung: 1. Besprechung über die Polizeiverordnung betr. Bierdruckvorrichtungen. 2. Besprechung und Vorführung polizeilich genehmigter Reinigung für Bierdruckleitungen. 3. Aufnahme neuer Mitglieder. 4. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes.  
Die Mitglieder werden besonders aufmerksam gemacht, daß die Versammlung pünktlich anfängt. Um zahlreiches Erscheinen ersucht  
182/6 Der Vorstand.

### Berein der Militär-Schneider.

Versammlung  
Donnerstag, den 16. Februar, Abends 8 1/2 Uhr, in den Arminhallen, Kommandantenstraße 20.  
Tages-Ordnung: Statuten-Änderung.  
Um zahlreichen Besuch wird gebeten.  
Der Vorstand.

### Achtung!

Concordia-Festsäle, Andreas-Strasse No. 64.  
Sonntag, den 19. Februar 1893:

### Grosse Matinée

Zum Besten der abgekehrten Bergarbeiter u. deren Familien.  
Grosses Vocal- u. Instrumental-Concert  
ausgeführt von circa 60 Musikern der „Freien Vereinigung der Civil-Gesamtsmusik“ unter Leitung des Kollegen G. Gartmann und unter Mitwirkung von vier Gesangsvereinen (Mitgl. d. Arb.-Sängerbundes) sowie des Volkschors Herrn Gent.  
867/14  
Alle Aufführungen sind unentgeltlich.

J. Semmel, prakt. Zahnarzt, Dranienstr. 55 (Morigplatz)  
Sprechst. 8-1, 8-5. Poliklinik f. Unbemitt. 1-3, 5-6. Künstl. Zähne 2 M.

Berlag des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt  
Berlin SW., Beuthstraße 2.

Denjenigen Parteigenossen, die sich über das Verhältnis des Sozialismus zur Religion, speziell zum Christenthum, unterrichten wollen, und die in ihrem Agitationsfeld besonders noch mit den Einflüssen der Kirche auf die Bevölkerung zu kämpfen haben, empfehlen wir zum Studium sowohl, als auch zur Massenverbreitung folgende zwei in unserem Verlage in neuen Auflagen erschienene Broschüren von  
August Bebel:  
Christenthum und Sozialismus.  
Eine religiöse Polemik zwischen  
Herrn Kaplan Hohoff in Hülse  
und dem Verfasser der Schrift:  
Die parlamentarische Thätigkeit des Deutschen Reichstages und der Landtage und die Sozialdemokratie.  
Separatabdruck aus dem „Volksstaat“ von 1878/79.  
16 Seiten 8°. Gehftet 10 Pf. 100 Exemplare 7.- M.  
Diese Broschüre ist zur Massenverbreitung namentlich in katholischen Gegenden sehr geeignet.

### Blatten

400/11  
in Yves Guyot's und Sigismund Lacroix's  
„Die wahre Gestalt des Christenthums“  
(Etude sur les doctrines sociales du christianisme).  
Nebst einem Anhang:  
Ueber die gegenwärtige und künftige Stellung der Frau.  
Dritte durchgesehene Auflage.  
VIII und 48 Seiten. Eleganter gehftet Preis 30 Pf.  
In knappen, scharfen Umrissen giebt der Verfasser eine Darlegung, daß alle religiösen Bewegungen im Grunde sozialer Natur sind, er weist dies besonders nach mit Bezug auf Luther's reaktionäre Reformbewegung. — Der Anhang ist die Quintessenz der betr. größeren Schrift („Die Frau und der Sozialismus“) aus des Verfassers Feder.

Wiederverkäufer erhalten Rabatt.  
Alle Buchhandlungen, Kolportage und Zeitungs-Expediture nehmen Bestellungen entgegen. Bei Aufträgen von außerhalb suchen wir um gleichzeitige Einsendung des Betrages (Porto extra).



Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

43. Sitzung vom 14. Februar 1893, 1 Uhr.

Vom Bundesrathliche: v. Böttcher. Eingegangen ist eine Novelle zum Militärpensionsgesetz. Das Haus geht die zweite Beratung des Etats des Reichsamts des Innern beim Titel „Staatssekretär 50 000 M.“ fort.

Abg. v. Mantuffel (M.): Schon 1887 hat man uns vom Bundesrathliche versichert, daß die Vorarbeiten für eine Abänderung des Unterstützungswohnsitz-Gesetzes nahezu beendet seien; im vorigen Jahre stellte der Reichskanzler eine entsprechende Vorlage noch für jene Session in Aussicht. Jetzt sind wir schon drei Monate versammelt und noch immer schweigt des Sängers Höflichkeit von dieser so wichtigen Vorlage. Namentlich im Interesse der ländlichen Arbeiter ist die endliche Regelung dieser dringlichen Angelegenheit eine unabwendbare Nothwendigkeit. Die Verschiebung der Bevölkerung, die Wanderung von dem platten Lande in die Stadt und die Auswanderung haben dem platten Lande in den Jahren 1885 bis 1890 ungefähr 900 000 Menschen entzogen. Die besten Stützen unserer Armee, die besten Rekruten werden auf dem platten Lande erzeugt (Widerspruch links); gerade in dem Momente, wo eine Militärvorlage zur Beratung steht, wie die vorliegende, müßte doch auf diese statistisch nachgewiesenen Thatsachen die ganze Aufmerksamkeit der verbündeten Regierungen gelenkt werden. Eine durchgreifende Aenderung der augenblicklichen Verhältnisse erwarte ich freilich nicht von der Aenderung des Unterstützungswohnsitzes, aber wir sind auch garnicht so bescheiden, uns darauf zu beschränken (Bewegung links), das scheint Sie zu wundern. Ich muß mich wundern, daß Sie das wundern. Die Unzufriedenheit, die sich jetzt überall in ländlichen Kreisen geltend macht, werden die Herren doch nicht wegleugnen können. Die Freisinnigen scheinen es ja allerdings darauf anzulegen, die Landwirtschaft durch Nichtberücksichtigung ihrer Klagen vollends zu ruinieren; wir hoffen aber, daß die Regierung den Standpunkt, welchen Herr Barth hier gegenüber den Klagen der Landwirtschaft im Abgeordnetenhaus einnahm, nicht theilen wird. Auch hat der Reichskanzler in seiner vorjährigen Bemerkung nicht erkennen lassen, daß ihm der Standpunkt des Herrn sympathisch ist. Eine Beschränkung der Freizügigkeit fordern wir ebenfalls, nicht etwa ihre Beseitigung. Man kann die Freizügigkeit einschränken, ohne ihr Wesen dabei zu beeinträchtigen. Das Recht, welches früher die Städte besaßen, Einzugselder zu erheben, muß ihnen zurückgegeben werden. Mit solchen Maßnahmen würde man dem Arbeitermangel auf dem platten Lande und dem Zug in die Städte einen wirksamen Riegel vorschreiben. Die Frage, die früher in lebhafterem Fluß war, ist jetzt leider fast ganz eingeschlagen, und namentlich meine Freunde im Osten des Reiches erwarten noch immer die Berücksichtigung ihrer berechtigten Wünsche. Endlich muß ich bemängeln, daß die Antwort, welche der Reichskanzler dem Grafen Mirbach wegen der Währungsfrage gab, jedes Entgegenkommen vermissen ließ. Danach scheint bei ihm das Maß von Beachtung der Landwirtschaft, welches diese fordern darf, nicht vorhanden zu sein. Die Unzufriedenheit des Grundbesitzes muß dementsprechend immer allgemeiner werden, und das ist der Fall nicht bloß bei dem Großgrundbesitz, sondern auch bei dem mittleren und kleineren, die mit ihm unzertrennlich verbunden sind. Schwer bedroht wird die deutsche Landwirtschaft auch durch den beabsichtigten Handelsvertrag mit Rußland. Wenn noch 1892 zahlreiche Konservativen für die Handelsverträge stimmten, für einen Handelsvertrag mit Rußland wird nach den gemachten Erfahrungen kaum einer von uns zu haben sein. (Hört! links.) Das preussische Abgeordnetenhaus hat ganz recht, wenn es alles versucht, um seine Meinung in dieser Beziehung der Regierung gegenüber zur Geltung zu bringen. (Beifall rechts.)

Staatssekretär v. Marschall: Heute Morgen bringt die „Kreuzzeitung“ einen Artikel, welcher behauptet, daß gewisse deutschfeindliche Artikel der russischen Presse direkt ihre Informationen aus der hiesigen russischen Botschaft bezogen hätten. Ich muß dies als eine grobe Unwahrheit und eine grobe Verleumdung der internationalen Rücksichten bezeichnen. Solche Praktiken sind bisher in Deutschland nicht üblich gewesen und werden sich hoffentlich nicht einbürgern. Bezüglich der Handelsvertrags-Verhandlungen kann ich nur sagen, daß diese Frage für die Diskussion noch nicht reif ist. Bepflichtungen mit der russischen Regierung sind im Gange, wobei von unserer Seite die Gewährung des Konventionaltarifs angeboten ist und die Reduzierung der russischen Zölle angestrebt wird. Prinzipielle Erklärungen in diesem Augenblicke zu verlangen, ist nicht das Richtige. Wenn aber verlangt wird, daß wir Konzeptionen unsererseits auch dann verlagern, wenn von der anderen Seite solche angeboten werden, so muß ich diesen Bestrebungen negativen Erfolg voraussagen.

Staatssekretär von Böttcher: Ich beschränke mich auf eine kurze Antwort auf die letzten Ausführungen des Herrn v. Mantuffel; würde ich auf alle seine Anregungen eingehen, so möchte daraus wieder eine mehrtägige Debatte entstehen. (Zuruf links: Monate lange!) Der Reichskanzler hat mit Bestimmtheit eine Vorlegung der Novelle in der vorigen Session garnicht in Aussicht stellen können. Wir erkennen voll und ganz die Schmerzen der Landwirtschaft an, wir erkennen auch die Nothwendigkeit der Reform der Armengesetzgebung an, aber wir haben ausdrücklich betont, daß wir die Wirkungen der geplanten sozialpolitischen Gesetzgebung bezüglich der Erleichterung der bisherigen Armenpflanzstätten abwarten müssen. Die Novelle befindet sich in dem Bundesrathsausschuss, hier sind gewisse juristische Bedenken erhoben worden, und wenn erst Juristen sich eines Gegenstandes bemächtigen, gehen die Dinge langsam. (Weiterkeit.) Aber bereits für nächsten Donnerstag steht die Novelle auf der Tagesordnung des Plenums des Bundesrathes. Auch über diese Korrektur des Gesetzes bestehen Meinungsverschiedenheiten innerhalb des Bundesrathes. Preußen wird für die Korrektur eintreten. Stimmt der Bundesrath zu, dann wird wohl noch diese Session sich mit der Vorlage zu befassen haben.

Abg. Nicker (Hr.): Die Konservativen haben aus Furcht vor dem Antisemitismus die antisemitische Plagge aufgezogen, ebenso aus Angst ihre ländlichen Wähler zu verlieren, suchen sie jetzt Herrn Nicker zu übertrumpfen, denn sonst hätte Herr von Mantuffel kaum die Ausführung gewagt, daß die Freisinnigen die Landwirtschaft zu ruinieren beabsichtigen. Diese Aeußerung kann ich nur mit seiner Zustimmung entschuldigen, andernfalls könnte doch solche Verleumdung solcher Wahrheit uns nicht angefallen werden. Die konservative Partei lebt ja nur von der Unterstützung der Regierung. Ohne die Landräthe verschwindet sie doch sofort in den Urkub. Das neue Programm der Herren geht ja beinahe 200 Jahre zurück. Wie wird jetzt der Landwirtschaftsminister geguckt und gerupft, um gegen den russischen Handelsvertrag einzutreten. Es freut uns von Herzen, daß Sie an Ihrem eigenen Parteifreunde solche Freuden erleben: Herr v. Heyden ist doch so konservativ wie irgend ein Herr v. Mantuffel. Die Gehe der Kreuzzeitungspartei gegen Rußland ist unerhört; niemals ist Ähnliches auch nur entfernt geleistet worden. Wir sind doch bessere Menschen (Gelächter rechts); wir wissen vom Handels-

vertrage so wenig wie Sie; wir kommen aber der Regierung mit störenden Zwischenfragen nicht. Jetzt kommen Sie mit der Frage des Identitätsnachweises, mit den Klagen über den Arbeitermangel. Den Identitätsnachweis hat der eiserne Kanzler seinerzeit nicht gewollt. Der Arbeitermangel ist von Ihnen durch Ihre Polenpolitik, durch die Ausweisung der Tausende von russischen Unterthanen selbst herbeigeführt worden, und jetzt kommen Sie mit diesen Klagen? Die Schutzpolitik hat am meisten die Landwirtschaft geschädigt; Sie aber sind zu ihr übergegangen. Es giebt keine Partei, welche der Landwirtschaft mehr schadet als die konservative. (Gelächter rechts.) Die Begründung des konservativen Standpunktes war eine solche, wie man sie allenfalls in den konservativen Bauernversammlungen brauchen kann; nicht Gründe, sondern Behauptungen! Die Währungsfrage wird auch bald keinen Hund mehr vom Ofen locken, wenn Sie auch jetzt damit bei diesem oder jenem Bauer noch Erfolge erzielen mögen. Die Frage des Unterstützungswohnsitzes ist eine der schwierigsten. Der Norden ist für möglichst kurze, der Süden für möglichst lange Dauer der Frist zur Erwerbung des Unterstützungswohnsitzes. Das Freizügigkeitgesetz, dieses erste Grundrecht des deutschen Reiches, wird ein Reichstag mit allgemeinen, gleichem, direktem und geheimem Wahlrecht nicht antasten. Es hieße das die Grundlagen unserer wirtschaftlichen und staatlichen Existenz erschüttern. Hand weg von diesem Gesetz! Das erste Recht des Arbeiters wird kein Reichskanzler und kein Reichstag abschaffen wollen; solche Zwangspolitik würde die Auswüchse der Despotie noch überbieten. Sie wollen den Arbeiter an die Scholle binden, aber das wird Ihnen nicht gelingen!

Abg. Graf Kanitz (M.): Wir hängen nicht von der Gnade der Landräthe ab; wäre das der Fall, dann würde seine Behauptung von unserer Opposition gegen die Regierung doch nicht stimmen. Wir genießen diese Unterthänigkeit, sie hat längst aufgehört. (Lachen links.) Wir stehen hier als frei gewählte Vertreter des Volkes und tragen keine Klagen vor. Es wäre uns sehr viel lieber, wenn der deutsche Arbeiter des Ostens in seiner Heimath bleibe, damit nicht die polnische Bevölkerung nachzufrömen braucht, um die entstandenen Lücken auszufüllen. Wir müssen polnische Arbeiter in den östlichen Provinzen haben, aber dieses Verhältniß ist trotz alledem ein Unbilden, welches aus der Welt zu schaffen wir uns alle Mühe geben werden. Wir sind auch nicht in das Bismarck'sche Lager übergetreten. Wir haben uns stets Nähe gegeben, den Fürsten Bismarck zu unseren Anschauungen herüberzugehen; ich verweise dabei auch auf meine Bemerkungen seit 1896. In Preußen sind 546 Kreise vorhanden, von welchen 168 im letzten Volkszählungsturnus eine Abnahme der Bevölkerung aufwiesen. Die Bevölkerung Ostpreußens hätte um 110 000 Köpfe zunehmen müssen, sie ist aber stationär geblieben, und diese 110 000 Köpfe, die uns jetzt fehlen, sind gerade die Landarbeiter. Hier kann und muß im Wege der Gesetzgebung geholfen werden. Der ober-schlesische und der westfälische Kohlenbezirk, sowie die Stadt Berlin haben sich dagegen unverhältnißmäßig vermehrt. Allerdings wird uns eine Aenderung des Unterstützungswohnsitz-Gesetzes nicht viel helfen. Deswegen werden noch andere gesetzgeberische Maßnahmen ins Auge zu fassen sein. Es kann sehr viel auf dem Gebiete des Eisenbahn- und des Tarifwesens geschehen. Die großen Benefize, welche den Großstädten durch die niedrigen Fahrpreise für die Arbeiter gewährt werden, fordern unsere höchsten Bedenken heraus. Es sind Ermäßigungen bis zu 100 pCt. eingetreten. In den Vororten sind infolge davon große Arbeitererwerb entstanden, elende Miethshäuser, welche einen enormen Bauschwindel gezeitigt haben. Das wäre vermieden worden, wenn man durch die niedrigen Fahrpreise diese Erscheinungen nicht begünstigt hätte. Bei der Beratung der Handelsverträge hat Herr von Caprivi Handel und Industrie als die eigentlichen Träger des nationalen Widerstandes hingestellt. Nichts hat mehr zu der Mißstimmung in ländlichen Kreisen beigetragen als diese Aeußerung des Reichskanzlers. Der Dortmund-Ems-Kanal, der die Kohlenindustrie zu fördern bestimmt ist, ist nach meiner Meinung eine der unthätigsten Unternehmungen der neueren Zeit. (Bewegung links.) Die größten Summen werden verwendet für Hebung der Industrie; die kleinen Summen für die Landwirtschaft erscheinen daneben geradezu winzig. Die außerordentlichen Fahrpreis-Ermäßigungen für Truppen von 30 Arbeitern und darüber auf den preussischen Staatsbahnen von Osten nach Westen sind zwar zum Theil wieder aufgehoben, bestehen aber zum großen Schaden der Landwirtschaft in Ober-schlesien noch fort. Es handelt sich hier um die unglücklichen Sachseingänger, welche von Agenten verlockt werden, die zum größeren Theil befristete Personen sind. Durch diese Erscheinung wird die Ueberproduktion, die in den Kohlenrevieren schon jetzt vorhanden ist, noch mehr gesteigert. Man sieht die Folgen an dem Zustandekommen des Koals- und Kohlenyndikats für das ober-schlesisch-westfälische Kohlenbecken, welches schließlich auch nur die inländische Industrie zu Gunsten der ausländischen benachteiligen wird. Von den Handelsverträgen mit Oesterreich haben nicht wir, sondern Oesterreich den Vortheil. Im allgemeinen fürchte ich, daß der neue Kurs uns in dieser Richtung verhängnisvoll werden wird; die Früchte der Handelsverträge sind freie Einfuhr und geschwächte Ausfuhr. Die Frage wird ja morgen im Abgeordnetenhaus zur Erörterung kommen; der Antrag Arndt ist kein agrarischer, das zeigt schon der Umstand, daß Herr Popelin, einer der größten Glasindustriellen Preußens, ihn in seiner ersten Auflage warm vertheidigt hat. Unser ganzes jetziges Gesetzgebungssystem der Bevorzugung der Industrie auf Kosten der Landwirtschaft muß geändert werden; gleiches Maß und gleiches Recht verlangen wir, dann wird das deutsche Volk in der Lage sein, den Aufgaben zu genügen, welche ihm auch jetzt wieder auferlegt werden.

Staatssekretär v. Marschall: Graf Kanitz schlägt erst morgen die große Schlacht im Abgeordnetenhaus und sieht die Debatte hier nur als ein kleines Vorpostengefecht an. Da ich an der großen Schlacht nicht theilnehmen kann, muß ich hier antworten. Die Redewendungen, in welchen er sich über die Handelsverträge ausgesprochen hat, haben wir ja schon gehört. Er will die Getreidezölle erhalten und deshalb will er keine Handelsverträge. Diesen Standpunkt theile ich nicht. Wenn der Glasindustrielle Popelin unter keinen Umständen haben will, daß die landwirtschaftlichen Zölle herabgesetzt werden, so hätte er sich lieber gegen einen Tarifvertrag mit Oesterreich-Ungarn aussprechen sollen. Die Getreidezölle von 1 Mark wurden 1879 gerade von der Rechten als sehr gutes Kompensationsobjekt für Oesterreich bezeichnet. Jedes Schutzsystem in Deutschland hat seine natürliche Grenze in der Ausfuhr. Deutschland braucht jährlich für 8000 Millionen ausländische Produkte, darunter für 1000 Millionen Nahrungsmittel. Ein solches Land muß exportieren. Durch die Getreidezölle wird doch die Ausfuhr von Getreide erschwert; wir können dann aber dieselben Herren die Aufhebung des Identitätsnachweises verlangen? Außerdem übersieht Graf Kanitz gänzlich, daß mit dem 1. Februar 1892 das Schutzsystem völlig allgemein zu werden drohte, daß alle Staaten sich mit Schutzmannern gegen Deutschland umgeben hatten und Deutschland vollständig vom Weltmarkt ausgeschlossen drohten. Diese meine Behauptung, daß die Opposition gegen die Handelsverträge auf einer Verleumdung unserer handelspolitischen Situation beruht, ist ja freilich bestritten worden, ein Blick auf unsere

Handelsbilanz ergibt aber ihre Richtigkeit. Die Währungsfrage und ihre Lösung würde der Landwirtschaft nur einen Wechsel auf lange Sicht ausstellen, während die bestehenden Handelsverträge schon am 1. Februar 1892 abließen. Man hätte ja allerdings Rußland überlassen können, aber ein Zollkrieg soll doch nicht Zweck, sondern nur Mittel zum Zweck sein, der Friedensschluß soll doch ein Tarifvertrag sein, der beide Theile befriedigt. Außerhalb des Hauses ist nun von den Erfahrungen gesprochen worden, welche mit den Handelsverträgen gemacht seien; diese Erfahrungen müßten als eine Warnung vor dem Abschluß eines deutsch-russischen Vertrages aufgefaßt werden. Ich habe davon nichts wahrgenommen. Die Handelsbilanz von 1892 zeigt bereits einen Stillstand gegenüber der fortwährenden Verschlechterung derselben von 1887 ab bis dahin. Mehr Ausfuhr zeigt sich in erheblichem Umfang bei Baumwollfabrikaten, Glaswaaren, Kleidern, Konfektionsgegenständen, Wollewaaren; Minderausfuhr unter anderem bei Leder; eine weitere Verschlechterung der Bilanz ist also vermieden worden, was wir mit einem autonomen Tarif nicht erreicht haben würden. Wenn so überwiegende wirtschaftliche Gründe für den Abschluß der Verträge sprachen, konnte es den verbündeten Regierungen nur erwünscht sein, daß auch die politischen Interessen den kontrahierenden Staaten empfohlen, einander näher zu treten. Die Handelsverträge sind für Deutschland ein nützlichcs Werk gewesen und die Bestimmung in vielen Kreisen würde noch viel intensiver sein, wenn diese Verträge nicht abgeschlossen wären.

Abg. Barth (Hr.): In dem zukünftigen agrarischen Staat, darüber sind die Herren Konservativen einig, darf es nur eine Berücksichtigung geben, nämlich die der Interessen der Grundbesitzer. So naht und bloß wie heute ist die agrarische Politik des Reiches noch nicht vertreten worden. Man hat heute klargestellt, daß die pekuniäre Unterstützung nicht genügt, sondern daß auch die Landarbeiter von Gesetzes wegen gezwungen werden müssen, in einer schlechteren Lage zu verharren, damit die Großgrundbesitzer billiger produziren können. Herr von Mantuffel will zwar die Freizügigkeit nicht mit Stumpf und Stiel ausrotten, aber sie nur moderirt beibehalten. Die empfohlenen Mittel sind aber in äußerstem Sinne reaktionär. Einzugsgeld empfiehlt Graf Kanitz und Herr von Mantuffel nicht im Interesse der Städte, sondern im einseitigen Interesse der landwirtschaftlichen Arbeitgeber. Graf Kanitz geht noch viel weiter, indem er die Eisenbahntarif-Politik neben der Polizei mobil macht, um die ländlichen Arbeiter an die Scholle zu fesseln, er will ihnen das Reisen auf den Eisenbahnen thümlich erschweren. Ueberall wird also eine Erschwerung des Fortkommens der ländlichen Arbeiter befürwortet. Daher denn auch die Anklagen gegen die Sachseingänger, welche durchaus keine besorgniserregende Erscheinung, sondern eine wirtschaftliche Bewegung ist, die den Sachseingängern ökonomisch und sozialpolitisch zum Vortheil gereicht. Sind denn die Großgrundbesitzer als solche so werthvoll, daß deshalb alle übrigen Klassen der Bevölkerung zurückbleiben müssen, bloß damit es ihnen gut geht? Die ganze Politik seit 1879 ist gar keine Schutzpolitik, sondern eine Politik der Begünstigung der grundbesitzenden Klassen, wie Roscher es zutreffend nennt. Der letzte Ausläufer dieser Schutzpolitik ist die Aufhebung der Grundsteuer. Das Gerede über Bimetallismus u. dgl. ist schließlich weiter nichts als der Ausdruck der Absicht, einen Theil der Schulden auf billige Weise los zu werden. (Sehr gut! links.) Dieselben Herren, welche uns immer Kollegien lesen über den Freedel in schwebende internationale Verhandlungen einzugreifen, lassen hier und im preussischen Abgeordnetenhaus sein Mittel unversucht, den vielleicht schon perfektion Handelsvertrag mit Rußland noch im letzten Augenblicke zu hintertreiben. Und das geschieht gegen eine durchaus konservative Regierung! Wenn mit der Aufhebung eines Theiles der ungerechtfertigten Vergünstigungen ein Theil des Großgrundbesitzes nicht weiterbestehen kann, hat er kein Recht zu bestehen. Es ist nothwendig, daß endlich einmal wirklich Gerechtigkeit wieder eintritt, jeder die Frucht seines Fleißes und seiner Arbeit selbst verzehren kann und nicht durch die Gesetzgebung gezwungen wird, einen Theil des Ertrages seiner Arbeit den Großgrundbesitzern abzugeben. Herr von Marschall hat heute zur Währungsfrage einiges geäußert, was leicht mißverständlich werden kann. Schon die bloße Besorgniß, daß einzelne Männer in der Regierung nicht ganz kapitalistisch sein könnten, wurde große Unruhe in unsere wirtschaftliche Verhältnisse bringen. Die Auffassung, daß die Entwerthung des Silbers die Preise der Waaren herabgedrückt hat, ist eine irrige. Es sei gerade das Rückschrittliche in der agrarischen Politik, daß sie die Kulturveredelung, welche auf Verbilligung der Preise der Produkte gerichtet ist, aufhalten wolle. Die Währungshoffnungen seien ein Wechsel auf lange Sicht, meinte dann Herr v. Marschall. Da wird also für eine entfernte Zukunft die Möglichkeit einer Aenderung offen gehalten. Wir aber auf dieser Seite halten selbst dieses Kollertiren mit einer entfernten Möglichkeit für durchaus unangebracht. Doch hat es sich wohl bloß um eine formale Höflichkeit gegen den Grafen Kanitz gehandelt. Einen Zollkrieg mit Rußland würden wir aus politischen und wirtschaftlichen Gründen aufs tiefste beklagen. Wenn die deutsche Regierung vor den agrarischen Angriffen die Segel streicht, wenn es ihr nicht gelingt, den Handelsvertrag zu Stande zu bringen, würde sie vor der ganzen Welt als eine absolut schwache Regierung bloßgestellt sein, und solche Schädigung ihrer Autorität und der Macht des Deutschen Reichs würden wir schwer zu beklagen haben.

Abg. v. Pfetten (Hr.): Es freut mich, daß Herr v. Böttcher den Vorhand der Landwirtschaft anerkannt hat; ich fürchte nur, diese Anerkennung bleibt eine platonische. Die Klagen der Landwirtschaft gehen gleichmäßig von dem großen und kleinen Grundbesitz aus. Wir glauben immer noch, wohl daran gehen zu haben, für die Handelsverträge zu stimmen. Auch das Sinken der Getreidepreise kann ich nicht ausschließlich auf die herabgesetzten Zölle zurückführen, denn dann müßte ich auch die Konsequenzen zugeben, daß hohe Zölle hohe Preise bedingen. Die hohen Getreidepreise des vorigen Jahres haben der Landwirtschaft den Nutzen nicht gebracht, den sie ihr hätten bringen müssen, wenn diese Behauptung richtig wäre. Für die Ernährung des deutschen Volkes kommt doch in erster Linie die deutsche Landwirtschaft in Betracht. Ich bin überzeugt, es könnte auf deutschem Boden die volle Menge Brotfrucht gebaut werden, welche nothwendig ist. Dem einzelnen bayerischen landwirtschaftlichen Besitzer brachten die hohen Getreidepreise keine Mehrerinnahme, da fast durchweg 1891 eine Missernte war. Nun gehen die Preise zurück. Die Ausgaben bleiben dieselben, seine Lage wird also nicht gebessert. Man muß dem Landwirth auf den Gebieten entgegenkommen, welche heute erwähnt worden sind. Eine einseitige Bevorzugung der Landwirtschaft zu fordern liegt mir sehr fern, aber sie soll auch nicht das Achenbrödel des Reichs sein. Gegen die Forderung des Herrn von Mantuffel, den Identitätsnachweis aufzuheben, muß ich den entschiedensten Widerspruch erheben; wir können schon für den Osten die angegeblichen Vortheile dieser Aufhebung nicht einsehen, sind aber sicher, daß sie für den übrigen Theil Deutschlands schwere Nachteile haben würde.

Abg. Graf Behr (Hr.): Nach dem bisherigen Gang der Debatte haben wir gar keine Aussicht, heute oder überhaupt sobald mit dem Gehalt des Staatssekretärs fertig zu werden (Weiterkeit). Wir schneiden eben Tag eine neue Frage an, und



namentlich das Hineinbringen der heute debattierten Frage durch Herrn von Manteuffel ist mir nicht ganz verständlich, wenn es sich nicht einfach um ein Vorspiel zu der Debatte über den Antrag Krenndt morgen im Abgeordnetenhaus handeln soll. Bedner meint sich dann gegen die Stellungnahme des Abgeordneten v. Manteuffel gegen den russischen Handelsvertrag und erklärt es für politisch falsch, gegen freundschaftliche Beziehungen mit Rußland auch in wirtschaftlichem Gebiete Opposition zu machen. Die Behauptung, die Landwirtschaft werde schlecht behandelt, wird immerfort wiederholt, aber nicht erwiesen. Der durch die Landwirtschaft augenblicklich gehende Zug trägt einen demagogischen Charakter.

**Abg. v. Komierowski (Polen)** schließt sich den Rednern an, welche verlangen, daß alles Thunliche gethan werde, um der Landwirtschaft zu helfen. Er empfiehlt die Aufhebung des Identitätsnachweises, die für den Osten vollkommen gerechtfertigt sei.

**Abg. v. Hammerstein (Nl.)** Ist bestigter von der linken Seite gegen Landwirtschaft, Groß- und Kleingrundbesitz vorzugehen wird, desto lieber ist es uns. Die nächsten Tage werden Ihnen dort schon Anzeichen, wie man in den Kleingrundbesitzkreisen darüber denkt, und auch bei den eventuellen Neuwahlen nach der Auflösung werden wir die Probe darauf machen. Die Freisinnigen sind ja auch schon jetzt nicht ohne Besorgnis für die Zahl ihrer Wahlkreise. Herr Barth vergißt ganz, daß der standard of life der landwirtschaftlichen Arbeiter in den Gegenden, wo die alten patriarchalischen Verhältnisse noch in Wäldern sind, so in Medienburg, besser ist als der der weit höher gelohnten Industriearbeiter (Rufe links: Warum gehen sie denn weg?). Weil sie verlornt werden! (Rufen links) Die Vererbung des Gutes verliert die Kaufkraft der Landwirtschaft verringern und dahin führen, die Landwirtschaft allmählig zu Grunde zu richten, und wenn man dann Handelsverträge abschließt, die diese Konsequenz haben müssen, dann ist das eine Politik, welche mit schmerzlichen Augen den Ruin der Landwirtschaft herbeiführt. Aeußerungen der „Kreuz-Zeitung“ vertreten ich nicht hier, sondern außerhalb des Hauses in jeder gewöhnlichen Weise; auf die Angriffe des Herrn von Marshall gegen die „Kreuz-Zeitung“ werde ich nicht, sondern wird diese antworten.

Darauf wird die Debatte vertagt.

Schluß 1/5 Uhr.

Nächste Sitzung: Mittwoch, 1 Uhr (Fortsetzung der Staatsberatung).

### Abgeordnetenhaus.

30. Sitzung vom 14. Februar 1893. 11 Uhr.

Am Ministertische: v. Werle, Boffe und Kommissarien. Das Haus ehrt das Andenken des am 7. d. M. verstorbenen Abg. Tannen (ntl.) in der üblichen Weise.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die Verlesung der Interpellation des Abg. Seyffardt: Magdeburg (ntl.): „Ist der königlichen Staatsregierung bekannt, daß die Verunreinigung des Elbwassers in der Umgebung von Magdeburg auch nach der Filtration derselben die Verwendung zu häuslichen und industriellen Zwecken unmöglich macht, und ist sie geneigt, energische Maßregeln behufs Verhütung weiterer Schädigung der Strombewohner in gesundheitlicher und geschäftlicher Beziehung zu ergreifen?“

Minister von Werle erklärt sich bereit, die Interpellation sofort zu beantworten.

**Abg. Seyffardt (ntl.)** weist darauf hin, daß die Elbe bei Magdeburg verunreinigt sei durch die Abwässer der Soda- und Kalwerke an den Ufern der Soale, und der Kupfer bauenden Mansfelder Gesellschaft. Die Minister haben 1890 erklärt auf Grund eines Gutachtens des Reichs-Gesundheitsamtes, daß die Elbe nicht so verunreinigt sei, daß dem Verlangen, die Werke sollten ihre Abwässer nicht mehr in die Elbe und ihre Nebenläufe leiten, stattzugeben wäre. Inzwischen ist eine solche Verschlechterung eingetreten, daß man das Elbwasser nicht mehr für den menschlichen Genuß gebrauchen kann. Man hat Brunnen wieder eröffnet, die man aus Gesundheitsrücksichten geschlossen. Die Ausreinigung in Magdeburg ist eine große, namentlich auch unter den Frauen. Eine Besserung ist in absehbarer Zeit nicht zu erwarten. Seit zwölf Jahren haben die Untersuchungen ergeben eine Steigerung der Beimischung von Magnesia von 2,8 auf 7,20 und von Chlor von 11,2 auf 159,4 auf Hunderttausend. Die Magdeburger Industrie, namentlich die Zuckerindustrie, könne ein solches Wasser nicht mehr gebrauchen. Besonders leiden aber die unteren Klassen darunter, die sich besseres Wasser nicht beschaffen können. Die Wergte führen die größere Kindersterblichkeit an Diarrhöe, die sich in Magdeburg in den letzten Jahren gezeigt hat, auf dieses stark salzhaltige Wasser zurück. Der Krombapilluss soll sich auf sodahaltiger Gelatine schneller vermehren, als auf anderer. Das ist eine schlimme Aussicht für die Stadt Magdeburg. Besonders die Abwässer der Mansfelder Werke bringen die Verunreinigung hervor. Die Städte werden gezwungen, bei ihren eigenen Abwässern gewisse Vorsichtsmaßregeln anzuwenden, trotzdem diese Abwässer doch nur bedingt schädlich sind. Der Minister meinte einer Deputation aus Magdeburg gegenüber: Magdeburg solle selbst eine bessere Wasserleitung mit Entnahme des Wassers aus Tiefbrunnen herstellen lassen, dann wolle er die beteiligten Industrien zur Erstattung eines Theiles der Kosten veranlassen. Damit wird den Magdeburgern das Recht auf die Elbe abgesprochen, während die zuständigen Instanzen, namentlich das Bezirksverwaltungsgericht bei Konfessionierung der Werke an der Soale festgestellt hat, daß die Abwässer erst unterhalb Magdeburgs in die Elbe geleitet werden sollen. Davon ist aber bisher keine Rede; die Aufsichtsbehörden haben sich aber durchaus passiv verhalten. Das Landrecht und verschiedene Kabinetsordres, deren Gesechraft anerkannt ist, schützen die Eibanwohner gegen solche gesundheitsschädlichen Einflüsse.

**Minister von Werle** erklärt: Die Größe der Kalamität muß anerkannt werden, aber es stellen sich der Beseitigung derselben erhebliche Schwierigkeiten entgegen. Bereits in den sechziger Jahren bestand die Verunreinigung der Elbe namentlich von den Zuckerrübenfabriken und Braunkohlengruben. Als die Kaliverte von Staßfurt hinzutrat, stellte man sie unter die Konfessionspflicht und kam auch auf den Plan, alle Abwässer durch einen Kanal unterhalb Magdeburgs in die Elbe zu leiten. Die Kosten stellten sich auf 25 Millionen Mark. Dieser Betrag war zu hoch, ebenso die Kosten der Reinigung der Abwässer, die nur durch die Destillation zu ermöglichen war. Die Abwässer von Mansfeld kommen namentlich aus dem sogenannten „salzigen See“, sie durchfließen unterirdische Salzlager und müßten, wenn der Mansfelder Bergbau nicht erlaufen sollte, gehoben und abgelenkt werden. Der Mischstand ist ein vorübergehender, da Magdeburg selten einen so niedrigen Wasserstand gehabt hat wie in der letzten Zeit, wobei eine Verminderung des bei Magdeburg vorüberfließenden Wassers um ein Drittel eingetreten ist, was den Salzgehalt steigern mußte. Den schlechten Geschmack bringt der Magnesiumgehalt mit sich, an dem der Mansfelder Bergbau nicht schuld ist. Mit dem höheren Wasserstande wird der Salzgehalt sich vermindern. Ob der Mischstand dauernd sein wird, hängt davon ab, ob der Mansfelder Bergbau den salzigen See ableitet, der nur dadurch noch salzhaltiger wird, daß das Wasser unterirdisch noch mehr Salz aufnimmt. Die Ableitung des salzigen Sees wird 5—6 Millionen Mark kosten. Aber bei niedrigem Wasserstande kann eine Abhilfe nur geschaffen werden, wenn das Wasser aus Tiefbrunnen genommen wird. Denn die Abwässer der Kaliwerke können nicht anders abgeführt werden als in die Elbe. Die Kaliwerke haben eine ungeheure Bedeutung für die Landwirtschaft, namentlich für den Zuckerrübenbau und die Zuckerraffinerie, denen Magdeburg seine Mühle verdankt. Deshalb muß man einen anderen Ausweg suchen als das Verbot der Ableitung der Abwässer in die Elbe.

Das Staatsministerium ist mir zu der Ueberzeugung gekommen, daß es am Besten ist, wenn die Stadt Magdeburg sich entschließen würde, ihr Wasser aus Tiefbrunnen zu entnehmen; noch besser wäre es allerdings gewesen, wenn Magdeburg sich schon früher dazu entschlossen hätte als jetzt, wo die Abhilfe so schwierig ist. Ein absolutes Recht einer Stadt darauf, das ein Fluss so rein gehalten wird, daß man Trinkwasser daraus entnehmen kann, besteht unter unseren heutigen Verhältnissen nicht mehr. Bei der Magdeburger Deputation habe ich mit meiner Antwort wohl keine Befriedigung hervorgerufen. Ich habe ihnen angerathen, sich nach einer Stelle umzusehen, woher sie besseres Wasser bekommen; ich werde sie dabei unterstützen. Ich hoffe, daß die beteiligten anderen Industriestädte einen Beitrag gewähren werden, eventuell ohne den betreffenden Ortschaften angebroht werden, daß sie ohne Klärung ihre Abwässer nicht mehr in die Elbe und ihre Nebenläufe ablassen dürfen; das wird nicht ohne Wirkung sein, und es können auf diese Weise die sich einander entgegenstehenden Interessen ausgeglichen werden. (Beifall.)

Auf Antrag des Abg. Dr. Krenndt (Vertreter des Kreises Mansfeld) tritt das Haus in die Besprechung der Interpellation ein.

**Abg. Graf Douglas (H.)** dankt dem Minister für seine, ihm allerdings aus manchen Privatunterhaltungen schon bekannte Haltung in dieser Frage und weist darauf hin, daß eine baldige Expropriation des salzigen Sees herbeigeführt werden müsse, damit derselbe ausgetumpft werden könne, sonst würden sich durch seine Abflüsse Hohlräume bilden, die Einträge herbeiführen könnten. Choleraepidemie drohe aus diesen Abwässern der Stadt Magdeburg nicht.

**Abg. Krenndt (H.)** Selbst wenn die Mansfelder Werke die Hauptschuld tragen sollten, müsse man doch mit Rücksicht auf die hohe wirtschaftliche Bedeutung des Mansfelder Bergbaues einen Ausweg finden, der dem Bergbau nicht solche Kosten auferlegt, die ihn ruinieren würden. Aber die salzigen Abwässer kommen nicht von Mansfeld, sondern von den anderen Werken. Deshalb diese Werke einen Beitrag für die Magdeburger Wasserleitung leisten sollen, ist nicht abzusehen; ebenso könnte auch Hamburg, das mit seinem Elbwasser nicht mehr fertig werden kann, einen Beitrag verlangen.

**Abg. Stengel (H.)** ist ebenfalls mit der Haltung des Ministers einverstanden und scheidet die Schuld auf den niedrigen Wasserstand, Magdeburg wird sich eine andere Wasserleitung bauen müssen; daß die anderen Industrien dazu einen Beitrag zahlen sollen, sei geschichtlich garnicht begründet.

**Abg. von Jagow (H.)** stellt sich auf den Standpunkt des Interpellanten und macht Bedenken gegen die Auspumpung des salzigen Sees geltend.

**Minister Dr. Boffe**: Die Choleraepidemie ist durch den Salzgehalt nicht verhindert, sondern eher vermindert, denn die Choleraorganismen leben, wie behauptet wird, im Salzwasser weniger lange als in anderem Wasser; die Versuche darüber sind allerdings noch nicht abgeschlossen. Da bei dem niedrigen Wasserstande das Elb- und Soalewasser überhaupt nicht getrunken wird, so ist die Choleraepidemie nicht besonders bedenklich.

**Abg. Graf Eberfeld (ntl.)** hält auch eine gesundheitliche Gefahr für vorliegend und bittet den Minister, auf die Reinhaltung der Flussläufe als Stempelzeichen zu achten. Das Schicksal von Hamburg im Verhältnis von Altona zeigt, wie viel die Wasserreinigung ausmacht. Der Gebrauch des ungeläuterten Elbwassers ist nicht zu unterdrücken gewesen. Man sollte deshalb bei Zeiten dafür sorgen, daß Magdeburg nicht ein neuer Seuchengeheerd werde.

Damit ist die Interpellation erledigt.

Darauf wird die Beratung des Kultusetats fortgesetzt beim Gehalt des Ministers.

**Abg. Vorsch (Zentr.)** hält eine lange Kulturkampfsrede, in der er die früheren Sünden der Regierung gegen die katholische Kirche Revue passiren läßt. Schließlich macht er die Regierung mit dem von Bebel neulich zitierten Heine'schen Wort: „den Himmel überlassen wir den Engeln und den Spagen“ graulich und verlangt, daß die Regierung bei der Trennung der Konfessionen nicht bei den Volksschulen stehen bleibe, sondern auch die höheren Lehranstalten nach dem Glaubensbekenntnis herrichte.

**Minister Dr. Boffe** sucht den Vorredner nach Möglichkeit zu beschwichtigen und betheuert, daß die Schlingen der noch bestehenden Kulturkampf-Paragraphen nicht wieder angezogen werden sollen.

Nach Boffe betheiligen sich die Abgg. Heereman (Z.) und Dadaack (Z.) an der für unser Leser bedeutungslosen Debatte. Letzterer macht zum Schluß seiner Rede erlischlich in Antisemitismus.

Darauf wird um 4 Uhr die weitere Debatte abgebrochen.

Nächste Sitzung Mittwoch 11 Uhr. (Petition gegen den russischen Handelsvertrag und andere Petitionen.)

### Lokales.

Die sozialdemokratischen Stadtverordneten haben den schleunigen Antrag gestellt, daß bei den am 20. Februar stattfindenden Wahlen zum Gewerbegericht im 11. und 12. Wahlbezirk nicht nur in der Turnhalle sondern auch in der Aula der Schulen gewählt wird.

Der Grund zu diesem Antrage liegt darin, daß im 11. Bezirk 2000 und im 12. Bezirk 3700 eingetragene Wähler sind, so daß in diesen Bezirken 800 bzw. 400 Wähler in der Stunde abgestimmt werden müßten.

Außerdem drängt sich erfahrungsgemäß das Wahlgeschäft auf die letzten Stunden — hier von 8—9 Uhr Abends — zusammen, so daß ein Wahllokal für diese großen Bezirke entschieden nicht ausreicht.

Die neun Versammlungen der Wähler zum Gewerbegericht, welche am Montag Abend in den verschiedenen Stadtteilen abgehalten wurden, waren durchweg sehr gut besucht. In allen Versammlungen wurden Ansprachen gehalten, welche die Bedeutung der Gewerbegerichte für die Arbeiterschaft darlegten und die Pflicht der Wähler, am 20. Februar auf dem Platz zu sein, hervorhoben. In den Diskussionen fiel selbstredend manches Wort heißenden Spottes auf die paar Gewerbevereiner, welche bekanntlich bei Gelegenheit der Wahlen zeigen wollen, daß sie noch in altdemokratischer Anhänglichkeit in diesem und jenem Winkel herumtreiben. Nun, selbstredend werden die klaffenbemühten Arbeiter Berline am Tage der Wahl ihre Pflicht thun und die ganze Bedeutungslosigkeit dieser paar versammelten Zeugen einer für immer einschmudgenen Zeitepoche durch erdrückende Majoritäten vor aller Augen offenbaren. Aus den Versammlungen ist im Einzelnen noch mitzutheilen, daß die in der Urania Versammelten das Bureau beauftragten, beim Magistrat dahin vorzujeligen zu werden, daß für den 11. und 12. Wahlbezirk je zwei Wahllokale eingerichtet werden und zwar derart, daß die Wähler, deren Namen die Anfangsbuchstaben A bis M, haben, in der Turnhalle und jene mit den Anfangsbuchstaben N bis Z, in der Aula ihr Wahlrecht ausüben können. Würde diese Einrichtung nicht getroffen, dann sei an ein Abfertigen von 800 bis 400 Wählern innerhalb einer Stunde nicht im entfernten zu denken. Zubeil versprach innerhalb der sozialdemokratischen Stadtverordneten-Fraktion dafür einzutreten, daß von ihr bereits zur nächsten Sitzung am Donnerstag ein dringlicher Antrag eingebracht werde, diesem gemeinsamen Drängen würde hoffentlich der Magistrat wohl Rechnung tragen.

Auch wurde bekannt gegeben, daß sich das Zentral-Wahlbureau vom Sonnabend ab Innenstraße 18 bei Ehrenberg befindet. Dasselbe wird jede gewünschte Aus-

kunft ertheilt. Ferner wurde die Mitteilung gemacht, daß am Tage der Wahl in Volksversammlungen das Wahlergebnis bekannt gegeben wird.

In Sachen der Sonntagsruhe empfing der Deputiert für diese Angelegenheiten beim Volkspräsidium, Herr Regierungsrath Messerschmidt, am Sonnabend, den 11. d. M., eine in einer öffentlichen Versammlung von Angestellten im Handelsgewerbe gewählte Deputation, bestehend aus dem Handlungsgesellen Hinke und Blum, den Handlungsgesellsinnen Dahms und Blum und den Hausdienern Grauer und Glöck. Die Mitglieder der Deputation wiesen auf die Befehle hin, die den Angestellten im Handelsgewerbe durch den Ministerial-Erlass vom 15. Dezember a. p. drohe. Der Herr Regierungsrath sprach sich dahin aus, daß für Kolonialwaren-Geschäfte Berlin eine Verlegung der Verkaufszeit auf den Nachmittag als ausgeschlossen gelten könne, da nach seinen Informationen Bescheid von dieser Seite nicht erfolgt seien, dagegen werde von Seiten der Zigarrenhändler über die bisherige Handhabung der Bestimmungen über die Sonntagsruhe Klage geführt. Ein Mitglied der Deputation machte demgegenüber geltend, daß die Mehrzahl dieser Interessenten sich an diesen Bestrebungen nicht betheilige, eine aus diesen Kreisen einberufene Versammlung im Januar d. J., in welcher Herr Reichstags-Abgeordneter Möller referirte, wäre nur von 80—100 Personen besucht gewesen, und eine frühere Versammlung vom 7. Juli v. J., die von 1200 Zigarrenhändlern besucht gewesen sei, hätte sogar eine Forderung, die Geschäftszeit bis 4 Uhr Nachmittag auszubehnen, abgelehnt. Die von der Deputation geäußerten Befürchtungen, daß konform des Ministerial-Erlasses für die kleineren Städte auch für Berlin ein Ortsstatut eingeführt wird, welches die Verkaufszeit theilweise auf den Nachmittag verlegen würde, hielt der Herr Regierungsrath für unbegründet, da nach seinen Informationen eine derartige Absicht beim Magistrat in Berlin nicht bestände. Die Mitglieder der Deputation betonten ferner, daß von einer Sonntagsruhe von 10—12 Uhr Vormittags, auf welche die Regierung wegen des Kirchganges ganz besonderes Gewicht lege, größtentheils nicht die Rede sein könne, und nachweisbar die Engros-Geschäfte, z. B. in der Konfektion, sich überhaupt nicht an diese Bestimmungen hielten. In die Hausdiener würden sogar angehalten, noch am Sonntag Nachmittag Pakete zur Post und andere Gänge zu besorgen. Herr Regierungsrath Messerschmidt drückte sein Erstaunen darüber aus, und erklärte, daß er über diese offene Verletzung des Gesetzes Erhebungen anstellen werde, und beachtliche, einige Mitglieder der Deputation nochmals eingehend in dieser Angelegenheit zu vernehmen.

Gegen die Sonntagsruhe agitirt der Verein aller Interessenten der Zigarren- und Tabakbranche von Berlin und Umgebung von 1892. Derselbe wünscht die Geschäftsstunden bis 6 Uhr Nachmittag auszubehnen. Er versendet an alle „Kollegen“ ein Zirkular, in welchem er um Beitritts-Erklärungen nachsucht. Die Arbeiter, welche für die Sonntagsruhe einzutreten gewillt sind, werden wohl auch Notiz nehmen von dem Geschäftsleuten, welche dieselbe bekämpfen.

Für die Militärvorlage soll heute, Mittwoch, Abends 8 Uhr, im großen Saale der Viktoria-Brauerei, Rühnenstraße Nr. 11/112, eine Kundgebung unter Vorsitz des Landes-Oekonomieraths Nobbe stattfinden. Als Referent dient Prof. Hans Delbrück. Die Einladung zur Versammlung ist von einer großen Anzahl Notabler, Professoren, Bankiers, Kommerzienräthe und Beamte unterzeichnet. Stöcker bezweifelt, daß diese Kundgebung, obwohl sein Freund, Prof. Ad. Wagner, sie mitunterzeichnet hat, die Ansichten der Militärvorlage verbessern wird, zumal unter dem Aufschwung zu der Kundgebung Namen, wie die des Buchhändlers Luchardt, Bankier Meyer Cohn, Kommerzienrath Goldberger und Sanitätsrath S. Gutmann stehen.

Für die Rohheit gewisser Schichten der Bevölkerung giebt folgende Inschrift, die wir auf einem Plakat an der Thür eines in der Hofstraße belagerten „hochherrschastlichen“ Hauses lasen, ein sprechendes Zeugnis.

Für die Bettler!

Unterleht sich ein solcher, hier zu hören, so wird derselbe sofort der Polizei übergeben, ganz abgesehen von der Tracht empfindlicher Hiebe.

Dies erfrischende Bekenntniß einer schönen Seele steht keineswegs so vereinzelt da, wie man angeht des herzerweichenden Gebets, das sich Tag für Tag dem Auge darbietet, denken sollte. Der fette Durchschnittsbourgeois, der selber keine Vorstellung davon hat, wie weh der Hunger thut, sieht eben in dem schlechteren, um ein Stüchden Brot anklopfenden Armen nur den Seidenfried, der sich frech dreihelt, ihn aus seinem Mittagschlaf oder was noch ärgerlicher, gar aus seinen Profitkalkulationen unsanft aufzurütteln. „Empfindliche Hiebe“, für den Bettler — wahrlich, ist es da nicht zu vergehen, wenn man in Zweifel darüber kommt, ob gewisse Bestimmungen der lex Heinze dennoch bestimmten Prachtexemplaren unserer Bourgeoisie gegenüber nicht ganz gut angebracht wären? Größere Rohheit, als sich in dem betreffenden Plakat offenbart, ist auch kaum einem Publikum eigen.

Eine allgemeine größere Noth, welche ganz besondere Mittel zu ihrer Beseitigung erfordere, soll in diesem Winter vorläufig nicht eintreten sein. Das sei, so meldet das von der Armenverwaltung veröffentlichte Protokoll der Armenkommissionsvorsteher-Versammlung vom 20. Januar 1893, auf eine vom Magistratsassessor Gumo als Vertreter der Direktion gestellte Anfrage „allseitig herorgehoben worden“. Darin liegt nicht eine direkte Ablehnung eines Nothstandes durch die Armenkommissionsvorsteher, sondern nur die Erklärung, daß er ihnen „vorläufig“ noch nicht so groß und so allgemein erscheine, wie er sein muß, wenn Magistrat und Stadtverordneten-Versammlung sich zu besonderen Maßnahmen bequemen sollen. In demselben Protokoll sieht, daß von den Armenkommissionen mehrfache Beschwerden über Mangel an Suppenmarken eingelaufen seien. Andererseits hätten jedoch verschiedene Vorsteher festgestellt, daß sie noch nicht alle Suppenmarken verbraucht hätten. Liegt in der starken Nachfrage nach Armensuppen kein Zeichen für einen Nothstand? Oder soll etwa der Umstand, daß in gewissen Bezirken die Nachfrage hinter dem Angebot zurückgelassen ist, ein Beweis für das Gegentheil sein? Das wollen wir gern glauben, daß die Noth nicht in gleicher Weise über alle Theile der Stadt oder gar auf die einzelnen Armenkommissionsbezirke vertheilt ist. Im Thiergartenviertel wird das Verlangen nach Suppenmarken verhältnißmäßig geringer sein, als auf dem Gesundbrunnen oder am Görlitzer Bahnhof. Wie groß die Unterschiede sind, beweist der Umstand, daß im Verwaltungsjahr 1891/92 beispielsweise an Almosen in einem Bezirk nur 825, in einem anderen dagegen 2016 Portionen, an Pflegegeld in einem Bezirk 88, in einem anderen 1669 Portionen vertheilt worden sind. Bei dem Extra-Unterstützungen schwankte die Zahl der vertheilten Portionen in den einzelnen Bezirken zwischen 8 und 248 bei den Almosenempfängern, zwischen 0 und 106 bei den Pflegegeldempfängern, zwischen 4 und 635 bei den nicht fortlaufend unterstützten Personen. Es ist möglich, daß bei der Vertheilung von Suppenmarken auf diese Unterschiede nicht genügend Rücksicht genommen worden ist. Bei der Verfahrensweise, die im Berliner Armenwesen herrscht, — die Protokolle der Vorsteherversammlungen haben wiederholt Belege dafür gebracht in den dort niedergelegten Beschwerden und Klagen der Direktion über die Vorsteher und der Vorsteher über die Direktion — wäre das auch kaum zu verwundern. Im übrigen ist der Umfang, in welchem von einer Bevölkerung, die Hilfe der städtischen Armenpflege in Anspruch genor nen wird, noch lange kein zureichender Maßstab für die Größe eines vorhandenen Nothstandes. Man kann daraus, daß die städtische Armenpflege in Anspruch genommen wird, höchstens den Schluß ziehen, daß die Ablegnung



eines Notstandes läge ist. Wie groß ein Notstand ist, das ließe sich nur dann feststellen, wenn man alle die mitgehenden wolle, welche auf die Almosen des Magistrats verzichteten, weil sie sonst ihres Wahlrechts verlustig gingen. Wenn die städtische Verwaltung das geschehen wollte, was die Arbeiterkraft von ihr verlangt, nämlich Arbeit, dann würde sie sich bald nicht über Mangel an Zulauf zu beklagen haben.

**Entbehrungslos.** Die Dresdener Bank in Berlin ist in der angenehmen Lage, ihren Aktionären, trotz des im letzten Jahre durch Fusion mit einer Hamburger Bank vermehrten Aktienkapitals, die gleiche Dividende wie im Vorjahre zu zahlen zu lassen. Ihr Gewinn im Jahre 1892 betrug sich auf 7 868 982 M. gegen 6 100 416 M. für das Vorjahr. Der Reingewinn in dem für die Unternehmer angeblich so ungünstigen Geschäftsjahre betrug bei dieser Bank also nur die Kleinigkeit von 2 758 000 M. mehr, wovon nur 700 000 M. auf Diehung der neu erworbenen Bank zu setzen, und 2 Millionen als blanke Mehdienst zu betrachten sind. Demgemäß werden auch die Herren Direktoren und Mitglieder des Aufsichtsraths eine anständige Lantidote für ihre ausfretende Thätigkeit einstreichen können. Im Jahre 1891 sah es damit windig aus. Da bezogen die Herren „nur“ 730 090 M. Lantidote gegen 1 449 535 M. im 1890.

Eine andere Gesellschaft, die Berliner Cichorien-Fabrik, welche das Surrogat für den Bienenhonig liefert, zählt für das Jahr 1892 8 pCt. Dividende. Auch ein Zeichen der Zeit!

**Der Schaustwirth G. Diede** in der Hedemannstr. 2 ersucht uns mitzutheilen, daß ihm von der Bauernsängerei-Gesellschaft, welche in der Nummer vom 10. d. M. mitgeteilt wurde und in seinem Lokal stattgefunden haben soll, nichts bekannt ist.

**Gegen den Schriftsteller Wit,** den Verfasser einer episch-dramatischen Dichtung über die französische Revolution, deren Ausführungsverbot wir bereits berichtet haben, und den Verleger Fritz Hansen soll, einer Mittheilung der „Volks-Zeitung“ zufolge, die Anklage wegen Aufreizung zum Klassenhaß erhoben worden sein.

**Selbstmord im Untersuchungsgefängnis.** In der Nacht zu gestern erhängte sich in seiner Zelle in Moabit der Untersuchungsgefängnisgefangene Schloffer Hermann Kühne, der 84 Jahre alt war und Hagelsbergerstr. 47 wohnte. Als man ihn auffand, erwieß sich ärztliche Hilfe als vergeblich.

**Einbruch.** In den Zimmern des Bankiers S. sind um den 6. d. M. verschiedene verschlossene Kassetten erschrocken und aus denselben 3000 M. gestohlen worden. Der Thäter verdächtig ist der Sohn der Witwe des Bankiers, der 25jährige Robert Fink, der seit dem 7. d. M. verschwunden ist und sich wahrscheinlich auf dem Wege nach Amerika befindet. Nach allem, was man hört, hat der junge Fink schon längere Zeit einen recht läderlichen Lebenswandel geführt.

**In dem gestern gemeldeten Falle in der Weinstraße** erfahren wir, daß es sich nicht um ein Verbrechen, sondern um einen Unglücksfall handelt, worauf schon die Lage des Toten, der mit dem Kopfe im Keller, mit den Füßen nach oben lag, hindeutet. Eine Hausbewohnerin hat den Mann schon am Abend anscheinend betrunken auf dem Hofe herunterschmeißen sehen, wobei er hinfiel und den Hut verlor. In der Nacht hat die Zeugnis ein Geräusch gehört, das von einem Falle zu kommen schien. Der Verunglückte ist wahrscheinlich identisch mit dem Arbeiter Prüfer, dessen Angehörige sich auch schon nach dem Schauhause begeben haben, um ihn zu rekonstruieren. Ob der Hauswirth dafür verantwortlich zu machen ist, daß er den Zugang nach der Treppe ohne Sicherheitsvorrichtung gelassen hat, muß das Gericht entscheiden.

**Ein sinkender Spreekahn** verursachte gestern Morgen einen großen Menschenauflauf an der Bellealliance-Brücke. Der einem Obsthändler Blantenstein aus Davelberg gehörige Kahn war in vergangener Nacht mit der Landseite derart auf die Uferböschung gerathen, daß die Bordante der Wasserseite unter den Wasserpiegel zu liegen kam und das Schiff unter Wasser gesetzt wurde. Die herbeigeeilte Feuerwehre versuchte mittels mehrerer Saugrohre den Kahn leer zu pumpen, aber vergeblich. Die Polizeibehörde hatte inzwischen Sachverständige requirirt, welche anordneten, daß der Kahn zunächst mit Binden von der Spundwand abgedreht und dann mittels eines herbeigefahrenen Fahrzeuges die Wasserseite herausgehoben werden sollte.

**Eine Revolvergeschichte** mit traurigem Ausgange hatte am 3. Juli v. J. in der Köpenicker Heide stattgefunden. Der Selbsthater Paul Koch hatte mit Bekannten eine Nachtpartie gemacht und war in dem Walde mit Fremden in Streit gerathen. Dabei erhielt er einen Schuß in den linken Oberschenkel und starb daran acht Tage später. Die Nachforschungen nach dem Thäter waren bisher ohne Erfolg. Jetzt ist in dem Tischler S. die Person ermittelt, die den Schuß abfeuerte. Er soll jedoch der Angegriffene gewesen sein, er sei mit einem Todtschläger bedroht worden und habe während der Nacht sich umgedreht, um einen Schreckschuß in der Richtung auf die Verfolger abzugeben. Stiele ist verhaftet worden.

**Ein kolossales Schadensfeuer** hat gestern Morgen in unserem Nachbarort Coepenick gewüthet. Dort war in der Dampfmaschinenfabrik von L. Loda in der Nieverhardt Feuer ausgebrochen, welches sich in kurzer Zeit durch die ausgebreiteten Räumlichkeiten mit rasender Gewalt verbreitete und die aufgestellten Waaren Vorräthe fast gänzlich vernichtete. Das brennende Gebäude bildete innerhalb einer Stunde ein riesiges Feuermeer, gegen welches die zahlreich erschienenen freiwilligen Feuerwehren der Umgegend nichts auszurichten vermochten. Diefelben mußten sich schließlich darauf beschränken, die anstoßenden Gebäude zu schützen, was um so schwieriger war, als das Feuer, nachdem das Dach eingestürzt war, sich im Innern der vier Stagen enthaltenen Fabrik verbreitete, eine wahrhaft afrikanische Hitze ausströmte, so daß die Thätigkeit der freiwilligen Wehren dadurch sehr behindert wurde. Der Schaden ist ein sehr beträchtlicher; das Gebäude, welches einen schätzungsmäßigen Werth von 64 000 Mark hat, ist nur mit 48 500 Mark bei der Magdeburger Feuerversicherungs-Gesellschaft versichert; der Brandschaden der Waaren ist gleichfalls ein sehr großer.

Mie und von anderer Seite mitgeteilt wird, gab das Feuer auch noch zu Konflikten zwischen der Polizei und einer Anzahl Arbeitern Anlaß, die von ersterer zur Hülfeleistung aufgefordert waren und nachher, ohne daß ihnen eine Entschädigung, die sie verlangten, gewährt wurde, vom Plage getrieben wurden.

**Marktpreise in Berlin** am 18. Februar, nach Ermittelungen des Polizeipräsidiums. Weizen per 100 Kilo guter von 13,50—15,20 M., mittlerer von 13,10—14,60 M., geringer von 14,50—14,00 M. Roggen per 100 Kilo guter von 13,00—13,80 M., mittlerer von 12,20—12,90 M., geringerer von 12,50—12,50 M. Gerste per 100 Kilo gute von 17,50—16,80 M., mittlere von 15,20—15,10 M., geringere von 15,00—13,80 M. Hafer per 100 Kilo guter von 16,00—15,40 M., mittlerer von 15,30—14,70 M., geringer von 14,60—14,00 M. Stroh, Richt, per 100 Kilo von 0,00—0,00 M. Heu per 100 Kilo, von — M. Erbsen per 100 Kilo von 40,00—23,00 M. Speisebohnen, weiße per 100 Kilo von 50,00—20,00 M. Linsen per 100 Kilo von 80,00 bis 80,00 M. Kartoffeln per 100 Kilo von 7,00—4,50 M. Rindfleisch von der Keule per 1 Kilo von 1,60—1,20 M. Schaafsfleisch per 1 Kilo von 1,30—0,90 M. Schweinefleisch per 1 Kilo von 1,60—1,20 M. Kalbsfleisch per 1 Kilo von 1,50—0,90 M. Hammelfleisch per 1 Kilo von 1,50—0,90 M. Butter per 1 Kilo von 2,80 bis 1,80 M. Eier per 60 Stück von 8,00—3,60 M. Fische per

1 Kilo: Karpfen von 2,40—1,20 M. Nase von 3,00—1,00 M. Zander von 2,40—1,00 M. Hechte von 1,80—1,00 M. Barsche von 1,60—0,70 M. Schleie von 2,40—1,00 M. Hele von 1,40 bis 0,80 M. Krebse per 60 Stück von 10,00—3,00 M.

**Polizeibericht.** Am 18. d. M. Morgens wurde im Keller des Hauses Kuhbachstraße 21 ein Arbeiter erhängt und im Keller des Hauses Weinstraße 2 ein unbekannter, etwa dreißigjähriger Mann, der schon am Abend vorher auf dem Hofe taumelnd bemerkt worden war, todt vorgefunden. Er ist anscheinend von der Treppe gefallen und infolge eines Schädelbruchs verstorben. — Vormittags stürzte sich ein elfsjähriger Knabe aus einem Bodenfenster des Hauses Dennewitzstraße 18 auf den Hof hinab und erlitt außer Verletzungen am Kopfe und an der Brust einen Bruch des Kniegelenks. — Beim Einsehen neuer Kohlen in die elektrische Lampe am Ballon des Wallner-Theaters fiel Mittags der Arbeiter Göpel auf den Straßenbaum herab und erlitt eine bedeutende Verletzung am Kopfe und einen Bruch der Wirbelsäule. — Vor dem Hause Alte Jakobstraße 78 fiel Nachmittags der Federarbeiter Schüler infolge eines Krampfanfalles zur Erde und gerieth unter die Räder eines Geschäftswagens. Er wurde anscheinend schwer verletzt und mußte nach der Charité gebracht werden. — Im Hause Dorotheenstr. 81 wurde ein Arbeiter, der in aufdringlicher Weise Holz zum Kauf angeboten hatte und nach erhaltener Abweisung gewaltfam in die Wohnung eingedrungen war, von dem Buchhalter von der Treppe gestossen und erlitt so bedeutende Verletzungen am Kopfe und im Genick, daß seine Ueberführung nach der Charité erforderlich wurde. — An der Ecke der Potsdamer- und Lüchowstraße fiel Abends eine Frau von einem Pferdebahnwagen und wurde am Oberschenkel bedeutend verletzt. Ein Arbeiter wurde vor dem Hause Holzmarktstr. 48 mit einer bedeutenden Verletzung am Fuße angefallen und nach dem Krankenhause am Friedrichshain gebracht. — Abends fanden drei Brände statt.

## Gerichts-Beitung.

**In dem Thema der Behandlung verurtheilter bezü.** angeklagter Redactoren gehört eine Anklage wegen Verleumdung, welche die IV. Strafkammer des hiesigen Landgerichts I gestern gegen unseren früheren verantwortlichen Redacteur Kurt Baake zu verhandeln hatte. Im Jahre 1890 schreibe gegen den Redacteur Kuhbach, welcher in Königsberg i. Pr. eine sozialdemokratische Zeitung redigirte, ein Verfahren wegen Beschimpfung der christlichen Kirche, und er ist deshalb später zu 3 Wochen Gefängnis verurtheilt worden. Kuhbach hatte seine Absicht, auf kurze Zeit ins Ausland zu gehen, dem Gericht schriftlich zu erkennen gegeben, und als er sich in Berlin befand, wurde er wegen Fluchtverdachts (?) verhaftet und durch den Schutzmann Bahelt von hier aus zunächst nach Schneidemühl transportirt. Ueber die Behandlung durch diesen Beamten hatte K. nicht zu klagen. Von Schneidemühl sollte K. nach Königsberg ins Untersuchungsgefängnis abgeführt werden, und da der Polizeisekretär Bössi die Fesselung des Angeklagten angeordnet hatte, so legte ihm der Transporteur Schulz auf dem Transport nach Königsberg Handschellen an. Bei der herrschenden grimmigen Kälte wurde K. durch die Fesseln begrifflicher Weise körperlich und seelisch gequält, die Fesseln wurden ihm aber nicht abgenommen. Im Untersuchungs-Gefängnis zu Königsberg ist es dem K. gleichfalls böse ergangen. Es herrschte draußen eine sibirische Kälte, das Fenster in der Zelle des Angeklagten war nicht dicht und lechter hatte, der Gefängnisordnung zuwider, seinen Stuhl an den Ofen gerückt. Da fand eine Revision der Gefängnisräume durch den ersten Staatsanwalt von Buss statt, bei welcher auch die Zelle des Angeklagten revidirt wurde. Da Kuhbach nicht sofort umstund und vor dem ersten Staatsanwalt gerade stand, machte ihn dieser wie er bei seiner Vernehmung zugegeben hat, in „befehlender“ und strenger Weise auf die Verstöße gegen die Gefängnisordnung aufmerksam und als Kuhbach wegen seines krankhaften Zustandes beim Aufstehen sich mit der Hand auf den Tisch stützte, wurde ihm nochmals bedeutet, daß er gerade zu stehen habe. Der erste Staatsanwalt von Buss hat bei seiner Vernehmung erklärt, daß er nicht gewußt habe, daß der Angeklagte ein Redacteur sei, denselben vielmehr wegen seines Anzuges für einen „Landstreicher“ gehalten habe. — Ueber seine Erlebnisse in Schneidemühl und Königsberg hat Kuhbach in dem damals von Angeklagten Baake redigirten Berliner Volksblatt einen Artikel veröffentlicht, durch welchen sich der heilige Oberstaatsanwalt v. Buss in Marientempel und der Polizeiergeant Schulz beleidigt fühlten. Kuhbach hatte nämlich behauptet, daß er unter seinem „Reiniger“ Schulz „Torturen“ erlitten und das Herr v. Buss auf seine Klagen nur „grobe Antworten“ gehabt habe. — Genosse Kuhbach ist inzwischen, wie unsere Leser wissen, an der Schwindsucht verstorben, zu der er den Reim, wie er glaubte, in jener Gefängnisnacht in Königsberg sich geholt hatte, und Baake sah daher allein auf der Anklagebank. — Der Staatsanwalt beantragte 8 Monate Gefängnis. — Rechtsanwalt Freudenthal hielt dagegen eine Freisprechung für geboten. Wenn ein absolut nicht gefährlicher Transport ohne ersichtlichen Grund bei grimmiger Kälte gefesselt werde, so habe er wohl Grund, von „Tortur“ und „Peinigung“ zu sprechen. Auch die Beschwerde über den ersten Staatsanwalt sei gerechtfertigt, da kein Staatsanwalt von einem Untersuchungsgefängnissen verlangen könne, daß dieser vor ihm so stramm zu stehen habe, wie ein Rekrut vor einem Unteroffizier. — Der Gerichtshof hielt eine Verurteilung allerdings für vorliegend, beurtheilte dieselbe aber milde. In beiden Fällen sei Kuhbach allerdings in einer Lage gewesen, welche ihm zu Klagen Veranlassung geben konnte. Es sei nicht ersichtlich, weshalb Kuhbach bei dem Transport gefesselt werden mußte; derselbe sei ein schwacher, keineswegs gefährlicher Mensch gewesen, und seine Fesselung erscheine immerhin eigenartig. Der Gerichtshof verurtheilte den Verstorbenen für diese Art der Behandlung „sein Mitgefühl“ nicht. Die obwaltenden Umstände lassen die Verurteilungen beider Beamten in recht mildem Lichte erscheinen, und der Gerichtshof habe deshalb eine Strafe von 75 M. event. 15 Tage Gefängnis für ausreichend erachtet.

**Die Schneberger Säbelfläre vor Gericht.** Der Droschkenkutscher Ernst Schulz, wurde bekanntlich am 8. Juni vor. J. in Schneberg von dem Gendarm Höppler durch Säbelhiebe derartig zugerichtet, daß Schulz infolge der erhaltenen Verletzungen mehrere Wochen im Elisabeth-Krankenhanse verbringen mußte und auch nach seiner Entlassung aus dem Krankenhaus längere Zeit erwerbsunfähig blieb. Die Nationale Kranken- und Sterbepflege der Droschkenkutscher (G. N. Nr. 75), welcher Schulz als Mitglied angehört, hat für ihn eine Ausgabe von 81,60 M. gehabt. Der Gendarm Höppler hatte als Grund seines Aufstehens erregenden Vorgehens Widerspruch des Schulz angegeben und diesbezüglich Anzeige erklart, weshalb dieser Tage vor dem Schöffengericht Amtsgericht II gegen Schulz wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt verhandelt wurde. Seitens des Vereins Berliner Droschkenkutscher, welchem Schulz ebenfalls als Mitglied angehört, wurde dem Angeklagten Rechtsanwalt Dr. Fritz Friedmann als Verteidiger zur Seite gestellt. Als corpus delicti war der arg zerhaueene Hut und der Mantel des Schulz zur Stelle. Geladen waren acht Zeugen. In der Beweisannahme wurde der ganze Vorfall bis auf die kleinste Einzelheit geprüft. Mit Ausnahme des Gendarm Höppler bekundeten alle Zeugen, daß seitens des Angeklagten auch nicht der geringste Widerstand geleistet worden sei. Das Resultat war, wie die „Allgemeine Jahr-Zeitung“ meldet, die glänzende Freisprechung des Angeklagten. Der Staatsanwalt beantragte selber Frei-

sprechung. Auf Antrag der Verteidigung wurden außer dem Kosten des Verfahrens auch die notwendigen baaren Auslagen des Schulz der Staatskasse auferlegt. — Was nun?

**Ein Fall von angeblicher Kleptomanie** beschäftigte gestern die Berufungs-Strafkammer des Landgerichts I in längerer Verhandlung. Die in guter Vermögenslage befindliche Ehefrau des Zimmermeisters und Hausbesizers Arnholt war vom Schöffengericht zu 14 Tagen Gefängnis verurtheilt worden, weil sie für überführt worden war, im Wertheim'schen Bazar ein Paar Hantochs im Werthe von 50 Pf. gestohlen zu haben. In der Berufungsinstanz hatte der Verteidiger, Rechtsanwalt Rosenthal, einen umfangreichen Beweis dafür angetreten, daß die Angeklagte die That in einem Zustande von Geistesfrennigkeit begangen habe. Die Zeugen bekundeten auch eine Menge Thatsachen, die einen solchen Schluß gerechtfertigt erscheinen ließen. Der alte Sachverständiger geladene Professor Dr. Mendel bestatigte, daß die Angeklagte zweifellos geisteskrank sei, ob dieselbe aber zur Zeit der That sich in einem Zustande von Geistesfrennigkeit befunden habe, wozu ihre freie Willensbestimmung aufgeschloffen war, das zu entscheiden müsse er dem Gerichtshof auf Grund der stattgehabten Beweisannahme überlassen. Während der Verteidiger für Freisprechung plädirte, trat Staatsanwalt Dieß für Aufrechterhaltung der ersten Urtheile ein. Es sei eine in letzterer Zeit so häufig vorkommende Erscheinung, daß der Versuch gemacht werde, Verurtheilte in der zweiten Instanz als geisteskrank hinzustellen, daß man jeden Fall mit besonderer Sorgfalt prüfen müsse. Gerade die gutgeleiteten und vermögenden Frauen seien es, welche die großen Bazole unsicher machten, und man müsse das Rechtsgefühl im Volke nicht erschüttern, indem man in solchen Fällen eine krankhafte Neigung als vorliegend annehme, wodurch die Thäterinnen kraftlos ausgingen. Das ganze Verhalten bei und nach der That deute mit Sicherheit darauf hin, daß die Angeklagte mit voller Ueberlegung handelte und wenn der Gerichtshof wirklich dem Gutachten des Professors Mendel folge, so müsse die Angeklagte als gemeingefährlich dem Irrenhanse überwiesen werden. Der Gerichtshof schloß sich nicht veranlaßt, das vom Schöffengericht erkannte Strafmaß herabzusetzen.

## Soziale Ueberblick.

**Aufforderung.** Der Unterzeichnete ersucht hierdurch alle Diejenigen, die noch Billets von den Festveranstaltungen in den Kontordiazialen zu Gunsten der gemahragelten Pferdehahn-Besitzer besitzen oder noch nicht abgerechnet haben, unverzüglich zum Zweck der Abrechnung bei dem Unterzeichneten vorzusprechen.

Ger mann Faber, SO., Grünauerstr. 4, S. I.

**Siegreich** beendet ist, wie die „Schwab. Tagwacht“ meldet, der Streit der Arbeiter der Daiber'schen Hutfabrik in Ebingen. Der Firmeninhaber hat die Forderungen der Arbeiter durch Unterschrift anerkannt. Der Streit hat 9 Wochen gedauert.

**Die Brauer Leipzigs** sind in einer Agitation nach der Richtung hin begriffen, daß ihnen die Brauereibesitzer das Wohnen außerhalb der Brauereien und dementsprechend eine Lohnerhöhung bewilligen.

**In Fredericia (Dänemark)** sind die Weber in Streit getreten, weil sie vor kurzem einen Fachverein gegründet haben, welchen die Unternehmer nicht dulden wollen. Wir warnen die deutschen Textilarbeiter, sich als Streikbrecher nach Fredericia anwerben zu lassen.

**Arbeitslosenversammlungen** sind weiter abgehalten worden in Großenhain, Gelsenkirchen (Bergleute).

**Unter Vernunft auf das Ergebnis der Arbeitslosen-** statistik haben sich die unbefähigten Arbeiter Dortmunds abermals an den Magistrat um Beschaffung von Arbeitsgelegenheit gewandt, und zwar diesmal schriftlich. Sie machen dabei dem Magistrat folgende Vorschläge: Niederreihung der alten Häuser, welche als baufällig oder gesundheitswidrig zu betrachten sind; Abschaffung des Submissionsverfahrens für alle städtischen Arbeiten, weil sich bei diesem Verfahren die Unternehmer gegenseitig im Preise unterbieten, und den Ausfall am Profit durch Lohnabzüge und Verlängerung der Arbeitszeit beim Arbeiter wieder auszugleichen suchen; Gewährung der ständigen Arbeitszeit an sämtliche Beamte und Arbeiter der Stadt; Gewährung eines auskömmlichen Lohnes an diese.

**Das Ergebnis der Mannheimer Arbeitslosenstatistik** liegt jetzt vollständig vor. Die Statistik wurde am 7. Dezember v. J. aufgenommen. Von den etwa 15 000 Arbeitern Mannheims fielen 1072 Arbeitslose die Fragebogen aus, davon 985 männliche und 77 weibliche. Diese 1072 Arbeitslosen, von denen 612 verheirathet waren, und die insgesamt 1058 Kinder und 119 sonstige Angehörige zu ernähren hatten, waren zusammen 51 562 Tage ohne Beschäftigung, durchschnittlich jeder 49 Tage. Die längste Dauer der Arbeitslosigkeit betrug 700, die kürzeste 1 Tag. Dem Berufe nach vertheilten sich die Arbeitslosen wie folgt: 268 Tagelöhner waren im Durchschnitt je 54 Tage arbeitslos, 90 Maurer je 26 Tage, 73 Schlosser je 41 Tage, 41 Tücher je 59 Tage, 26 Schreiner je 37 Tage, 81 Bäcker je 44 Tage, 30 Gypser je 34 Tage, 29 Schmiede je 38 Tage, 29 Schneider je 45 Tage, 26 Tagelöhnerinnen je 63 Tage, 24 Formier je 52 Tage, 24 Schuhmacher je 25 Tage, 23 Eisenhauer je 55 Tage, 21 Tapezireur je 88 Tage. Unter den übrigen war noch zahlreiches Dienstpersonal ohne Beschäftigung.

**Im Leipziger Vorort Möckern** wurden durch die Arbeiter am 5. Februar 160 Arbeitslose ermittelt, darunter drei Frauen. Im Durchschnitt war jeder Arbeitslose 2 1/4 Monate ohne Beschäftigung. 111 Arbeitslose waren verheirathet; die Zahl ihrer schulpflichtigen Kinder betrug 227. Mit allen Angehörigen zusammen betrug die Zahl der Beschäftigungslosen 440, was 10 pCt. der Einwohner Möckerns ausmacht.

**Die Arbeitslosen Gelsenkirchens** wählten eine dreigliedrige Deputation, die beim Bürgermeister vorstellig werden soll, und nahmen zwei Resolutionen an, in der die Behörden zu Gesellenkochen und Umgegend ersucht werden, dafür Sorge zu tragen, daß die entlassenen Bergleute wieder angeleitet werden, und daß die anderen Arbeitslosen durch Vornahme öffentlicher Bauten u. Beschäftigung finden. Zum Schluß der einen Resolution heißt es: „Die Arbeitslosen weisen jede Armenunterstützung zurück, damit ihnen nicht die politischen Rechte verloren gehen; sie verlangen nur Lohn und Arbeit.“ Abgehlehnt wurde der beantragte Zufuß zu der die Bergleute betreffenden Resolution: „Widrigensfalls gedenken wir auszuwandern und Frau und Kinder der Gemeinde zu überlassen.“ Die arbeitslosen Bergleute erklärten vielmehr, dabei zu bleiben und für ihre Menschenrechte weiter kämpfen zu wollen, was auch das vernünftigste ist.

**In Wuzgen** sind durch die Aufnahme einer Arbeitslosenstatistik 190 Arbeitslose ermittelt worden, wovon 131 verheirathet und zwei verwitwet waren. Die Verheiratheten haben 288 Kinder und 18 sonstige Angehörige zu ernähren. Nur vier Arbeitslose beziehen Unterstützung, einer wöchentlich 50 Pf. Unzulängeld, einer 5 Mark Unzulängeld und zwei erhalten Armenunterstützung. Auf die sogenannten Ortsarmen hat sich also die Zahlung noch gar nicht mit erstreckt. Mit größerer



Eintönigkeit lehren in den ausgefüllten Fragebogen die Bemerkungen wieder: „Mache Schulden“, „Lebe vom Borge“, „verseehe meine Sachen“, „zähre frühere Ersparnisse auf.“ Den Gemeindevorstand gehören die Arbeitslosen in den Handarbeitern, Maurern, Zimmerern, Steinmetzen, Dachdeckern, Schmieden, Malern, Klempnern, Tischlern, Spinnern, Formern, Bäckern, Schlossern, Mältern und Zigarrenmachern. Die Dauer der Arbeitslosigkeit schwankt zwischen einem Monat und einem halben Jahre. In vielen Familien herrscht dabei Krankheit. In 44 Fällen verdient die Frau wöchentlich einige Mark (80 Pfennige bis 7 Mark wöchentlich). In einem Falle verdient der Vater nichts, die Mutter nichts, nur das eine Kind bringt wöchentlich 50 Pf. nach Hause. In einem anderen Falle verdienen Mutter und Kind je eine Mark, der Vater findet trotz sorgfältiger Bemühungen keine Arbeit. — Burgen hatte bei der letzten Volkszählung 14 635 Einwohner.

**Aus der Grafschaft Olah.** Zu der in Nr. 34 veröffentlichten Korrespondenz aus diesem Distrikt wird uns von einem in Berlin lebenden Schiefer geschrieben: Ich kenne das Leben und Treiben in der Grafschaft Olah schon seit meiner Kindheit. Wer die dort herrschende Noth nicht selbst mit durchgemacht hat, vermag sie nicht zu beschreiben. Im Jahre 1880 ist es z. B. im Dorfe Mittelsteine vorgekommen, daß arme Schulkinder aus den umliegenden Dörfern, die einen Weg von 1/4—1 Stunde zurücklegen hatten, oft mit nüchternem Magen in der Schule ankamen. Dessen ist den Kindern unwohl geworden. Auf die Frage des Lehrers, ob sie schon gegessen hätten, lautete die Antwort: „Nein“, und auf die weitere Frage: „Warum nicht?“ erwiderten die Kinder: „Weil wir zu Hause nichts zu essen haben.“ Da griff der mittelbige Lehrer wohl in die Tasche und schenkte den Kindern Geld zu Semmeln. Mittags, nach Schluß der Schule, gingen die Kinder von Haus zu Haus und baten um ein Stückchen Brot. Andere arbeiteten von 1 Uhr ab beim Gutsherrn, zu einem Lohne von 15 Pf. für 7 Stunden. Die Schularbeiten blieben dabei natürlich Nebenfache. Der Tagelohn eines Mannes betrug 80 Pf., der einer Frau 50 Pf. Grenzbesitzer schickten ihre Kinder nach Oesterreich, um billigeres Mehl holen zu lassen, aber die Grenzbeamten speisten die armen Kinder mit blauen Bohnen ab, wobei 2 der Kleinen ums Leben kamen. Die Weinbeeren arbeiten fast Tag und Nacht und verdienen dabei nur 6—7 Mark pro Woche. Von diesen 6—7 M. soll eine ganze, zahlreiche Familie leben! Diese Leute wissen schon nicht mehr, wie Butter aussieht, da giebt es nur noch Salz auf's Brot. Hunderte von Familien leben in diesem Elend!

**In den wenigen Verständigen,** die das Bestehen des Nothstandes zugeben, gehört der erste Bürgermeister der Stadt Weiskensfeld, Herr Falkson. Wie der Zeiter „Vollstober“ mittheilt, erklärte der Bürgermeister der Arbeitslosen-Deputation, es existire ein Nothstand und demzufolge Arbeitslosigkeit; er sei bereit, und das erheische seine Pflicht, der Angelegenheit näher zu treten. In erster Linie würden natürlich die verheiratheten Arbeitslosen berücksichtigt werden müssen. In der Stadtverordnetenversammlung vom 8. Februar hat er nun, wie uns geschrieben wird, sein Versprechen erfüllt. Er forderte 2500 M. zur schleunigen Inangriffnahme von Straßenarbeiten, wobei er meinte, ein geselliges Recht auf Arbeit gäbe es allerdings nicht, aber da man niemand verhungern lassen könne, müßte, wenn keine Arbeit beschafft würde, die Armenkasse ja ohne Gegenleistung herhalten. Die Stadtverordneten bewilligten diese Summe. Der Führer des Weiskensfelder „Freisinn“, Rechtsanwalt Braun, erkannte vom humanen Standpunkte aus den Antrag des Bürgermeisters an, aber nicht vom Standpunkte des — „Verstandes“ aus. Die Gemeinde ziehe durch die Bewilligung der Forderung eine Menge Leute heran, die im Sommer nichts zurücklegen und im Winter auf die Gütmüthigkeit Anderer spekulieren. Die Arbeiten, welche für den Sommer bestimmt wären, sollten etwas früher begonnen werden, aber Arbeiten extra hervorzufinden, sei undurchführbar. Die Weiskensfelder Arbeitslosen wären von der Sozialdemokratie unter die Arme genommen worden, welche das Verdienen für sich in Anspruch nähme, das doch der humanen Stadtverwaltung gebühre. Es sei deshalb mit der Wahl von Arbeitern wählerisch zu verfahren. Leute, die im Sommer mit 2 M. Lohn nicht zufrieden gewesen seien und 3 M. verlangten, seien auszuschließen. So der Führer des Weiskensfelder „Freisinn“. Er verdient wie jedes Opfer Eugen Richter'scher Irrlehren unser aufrichtiges Mitleid.

**Nothstand in Dresden.** Im Asyl Räußerstraße 11 in Dresden wurde im Monat Januar insgesamt 18 824 Männern, Frauen und Kindern, im Durchschnitt täglich 446 Personen Mittags Suppe verabreicht. Des Nachts wurden oft mehr als 100 Personen Quartier gewährt. Das Verbot der Arbeitslosen-Statistik hat der Dresdener Polizei also nicht genügt. Der Nothstand macht sich doch bemerklich.

**Das auch in München das Volkseleud groß ist,** ist schon aus dem Jahresberichte des dortigen Asylvereins für Obdachlose zu ersehen. Das Asyl beherbergte im vorigen Jahre 24 621 Personen, und zwar 24 067 Männer, 527 „Frauenzimmer“ und 24 Kinder. Infolge dieser außerordentlichen Inanspruchnahme beschloß die Generalversammlung des Asylvereins, entweder eine Vergrößerung des Asyls oder die Errichtung eines zweiten Asyls vorzunehmen, und „bewilligte“ zu diesem Zwecke, nach Meldung der „Münchener Neuesten Nachrichten“ — zwei Lotterien!

## Veranstaltungen.

**In der Generalversammlung des Vereins der Bauanschläger** Berlins und Umgegend am 5. Februar legte Kollege Raschke als Revisor folgenden Kassenbericht vor: Bestand am 1. Juli 1892 984,77 M., Einnahme 371,85 M., Ausgabe 345,11 M., Bestand am 1. Januar 1893 1011,11 M. Alsdann wurde der Vorstand gewählt und zwar: E. Sonnabend zum ersten, Ferdinand zum zweiten Vorsitzenden; W. Kunz zum ersten, Wulkow zum zweiten Rentanten; Borjke zum ersten, Burmeister zum zweiten Schriftführer; W. Müller, Schröder, Niedergesäß zu Beisitzern. Auf Antrag Schröder erhielt ein Kollege wegen billiger Konkurrenz von der Versammlung eine Kugel. Einstimmig wurden sodann 150 M. zur Unterjähung der ausgesperrten Bergarbeiter bewilligt und der Expedition des „Vorwärts“ zur Weiterbeförderung überwiesen. Ebenfalls wurde der „Vorwärts“ wieder als Infektionsblatt gewählt. In „Verschiedenem“ hatte der Vorstand die Ausschließung des Kollegen Pieper auf ein Jahr aus dem Verein wegen wiederholter Störung der Versammlungen beantragt. Der Antrag wurde gegen drei Stimmen angenommen. Der Vorsitzende ermahnte noch zum Schluß, am 20. Februar bei der Gewerkegremienwahl auf dem Posten zu sein, und unseren Kandidaten zum Siege zu verhelfen.

**In der Versammlung des Verbandes der Geschäftsdienere, Packer und Berufsgenossen,** die am 7. d. M. tagte, hielt Genosse Dreesbach-Mannheim über die Ursachen der Arbeitslosigkeit einen mit regem Beifall aufgenommenen Vortrag. Die sich an denselben anschließende Diskussion wurde dadurch interessant, daß ein Bodenreformer für seine Ideen Propaganda zu machen suchte. Die Ausführungen der Kollegen Uthz und Dreher, sowie das Schlusswort des Referenten legten überzeugend dar, daß nicht die Verschuldung des Grund und Bodens allein, sondern überhaupt die kapitalistische Produktion Schuld an den Zuständen der Gegenwart ist, und daß daher einzig die Bergesellschaftung sämmtlicher Produktionsmittel das heutige Massenelend beseitigen kann. Eine Resolution, in welcher sich die Versammlung mit den Ausführungen des Referenten einverstanden erklärte und zugleich versprach, für den Ausbau der Organisation wirken zu wollen, fand einstimmige Annahme. Unter „Mittheilungen“ wurde zunächst ein Antrag des Delegierten zur Streikerkontrollkommission angenommen, den Ertrag der Zellerfassung den gemäßigten Bergarbeitern zu überweisen; die Zellerfassung ergab 15,20 M. Sodann machte Kollege Meyer Mittheilung von einem Vorfall mit dem Rechtsanwalt Morris. Diesen Fall aufzuklären wurde dem Kollegen Bräuer übertragen. Letzterer gab ferner Auskunft über die Verhandlungen mit dem Verein für Zentralarbeitsnachweis. Das Resultat der stattgefundenen Versammlung sei die Beihilfe der Gewerkschaften zur Aufnahme einer Arbeitsstatistik. Hierauf wurde die Versammlung geschlossen.

**Im sozialdemokratischen Wahlverein für Teltow, Weeskow und Charlottenburg** hielt Genosse Dr. Sütgen am 7. Februar einen interessanten Vortrag über die politische Lage, in welchem er ein anschauliches Bild der gegenwärtigen sozialen und politischen Strömungen gab und darauf hinwies, daß in dem Kampf um die Militärvorlage die sozialdemokratische Partei die einzige ist, welche einen consequent ablehnenden Standpunkt einnimmt. Unter Verschiedenem forderte sodann der Vorsitzende zum Beitritt in den Wahlverein auf und gab folgende Zahlstellen, woselbst auch Mitglieder aufgenommen werden, bekannt: Restaurant Herrn. Bernide, Krummstr. 19; Restaurant Krause, Bismarckstr. 74; außerdem lasirt Genosse Busse sonntags von 10—12 bei Schirrmann, Schloßstr. 25, und ferner in seiner Wohnung, Knobelsdorffstr. 60, D. I. Hierauf erfolgte Schluß der Versammlung mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie.

**Klub der Wanderer.** Jeden Mittwoch Versammlung im Rosenhain Klubhaus zu Berlin, Rosenhainstr. 11—12.

**Landmannschaft der Schleswig-Holsteiner in Berlin.** Mittwoch, den 16. Februar, Abends 8 1/2 Uhr, Geschäftliche Sitzung in den Reminbahnen, Rummelsburgerstr. 20.

**Glaser-, Gastenpapier-, Arbeiter- und Arbeiterinnen.** Große Versammlung am Mittwoch, den 15. Februar, Abends 8 Uhr, in Scheffer's Lokal, Inselstr. 10. Tagesordnung: Die Freiheit und ihre Rolle in der sozialen und geistigen Entwicklung der Menschheit. Referent Genosse Dr. Sütgenau.

**Dienstkund der Hausdiener.** Heute Abend 9 Uhr, bei Sommer, Grünstr. 21, Sitzung. Tagesordnung: Vortrag des Genossen G. Stadthagen, über: Die ägyptische Kulturperiode.

**Automadier.** Arbeiter und Arbeiterinnen Berlins und Umgegend. Cessantische Versammlung am Mittwoch, den 16. Februar, Abends 8 1/2 Uhr, in Voller's Salon, Neue Königstr. 7.

**Verzinsung der deutschen Schmiede.** Mittwoch, den 15. Februar, Abends 8 1/2 Uhr: Große Versammlung in Geneser's Salon, Invalidenstr. 1a (Gde Brunnenthrabe). Vortrag von Otto Zehrbach, über: Die Sozialdemokratie und die Gewerkschaftsbewegung.

## Vermischtes.

**Heber Hochwasser** wird der „Vossischen Zeitung“ aus Mannheim gemeldet: Aus allen Gegenden Südwestdeutschlands laufen Meldungen über Hochwasser infolge heftiger Regengüsse und rascher Schneeschmelze ein. In der benachbarten Pfalz bilden das Glantal und das Wiesenthal mächtige Seen. Die Bewohner mühten vielfach die Häuser räumen. Großen Schaden erleiden die Bewohner des Neckarthal, wo das Wasser fuhhoch auf den Fildern steht. Der hochangescwollene

Neckar, der fortwährend rapid steigt, ist seit gestern einen Meter gewachsen. Der Rhein ist ebenfalls mehrfach über die Ufer getreten, Rheinpegel 7,30, stark steigend, Neckar 7,40 Meter. — Aus Leipzig berichtet das Herold'sche Bureau: Aus ganz Sachsen wird Hochwasser gemeldet. Die Elbe, die Uster und die Mulde steigen rapid. In Elsterberg stehen große gewerbliche Etablissements unter Wasser. Die Bahnstrecke Oschatz—Zschöbau ist unfahrbar. In Dresden-Alstadt ist der Verkehr zum Elbthai eingestellt. — Aus Kassel meldet dasselbe Bureau weiteres Steigen der Werra und Lahn.

**Fabrikbrand.** In Schweidnitz wurde die Kunstmöbelfabrik von Langer u. Co., Aktien-Gesellschaft, von einer Feuersbrunst heimgesucht. Der Brand brach im Trockenhaufe aus und verbreitete sich mit großer Schnelligkeit über alle Arbeitsräume. Der Schaden ist sehr bedeutend. Gegen 100 Arbeiter sind beschäftigungslos.

**Falschmünzer.** Die Riesaer Polizei ist hier einer weitverbreiteten Falschmünzer- und Diebesbande auf die Spur gekommen. Drei Personen wurden verhaftet.

**Der Schooner „Ternen“** aus Haugeund ist im Schneesturm bei Jädereu gestrandet. Ueberpallt von den Brandungen mußte die Besatzung gegen 15 Stunden an Deck verweilen, bis es durch den Raketenapparat glückte, alle Leute zu retten.

## Depeschen.

(Depeschen des Bureau Herold.)

**Leipzig, 14. Februar.** Das Reichsgericht hat die Revision des Staatsanwalts gegen das Urtheil des Landgerichts zu Kassel vom 26. Oktober v. J., durch welches der Pfarrer Hopf zu Melungen, Redakteur der partikularistischen heftigen Blätter, von der Anklage der Majestätsbeleidigung und der Verächtlichmachung von Staatseinrichtungen freigesprochen worden, verworfen. Die Verhandlung, welche die zweite in dieser Sache beim Reichsgericht war, fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt.

**Leipzig, 14. Februar.** Das Schwurgericht verurtheilte den cand. med. Bolad, welcher im Pistolenduell Dr. Pryzembel im November v. J. erschoss, zu 2 Jahr 6 Monate Festung, den Kartellträger zu 1 Woche.

**Regensburg, 14. Februar.** Die Hochwassergefahr nimmt für hier und Umgegend einen bedrohlichen Charakter an. Ganze Ortshaften sind überschwemmt, auch Straubing erscheint arg gefährdet.

**Wien, 14. Februar.** In einigen Belegschaften des Brüger Kohlentreviers wurde heute eingefahren.

## Briefkasten der Redaktion.

**H. Taugermann.** Wenn wir auf jede derartige Notiz der gegnerischen Provinzialpresse antworten wollten, müßte der „Vorwärts“ dreimal täglich erscheinen.

**E. Czetz, Chemnitz.** Nächste Nummer.

**W. A. Zürich.** Die Adresse Dr. Blaschko's ist: Berlin NW., Friedrichstr. 104a II.

**W. S. 100.** Der Mann hat einen Anspruch auf besondere Quittung. Beleidigend ist der Brief wohl nicht, aber unhöflich.

**W. D.** Die Sachlage ist nicht mehr zu ändern, weil Sie nicht gegen die Fortnahme des Zeugnisses sofort protestirt haben. An sich stand der Polizei ein Recht auf Herausgabe des Zeugnisses nicht zu. Im Klagewege war die Herausgabe von dem Mädchen zu erstreiten.

**E. A.** Da Sie selbst die Rückgabe des Geldes verzögert haben, können Sie erst vom Tage Ihrer Zahlungsaufforderung an Zinsen beanspruchen.

**F. W. 101.** Das Reisen ins Ausland unter diesen Umständen in der Absicht, sich der Militärpflicht zu entziehen, ist strafbar. Der Betreffende hat außer der Geld- resp. Freiheitsstrafe zu gewärtigen, drei Jahre im Blaurock nachgerzieren zu müssen. Er thut am besten, sich beim dortigen Konsul, bezüglich Gesandten, zu erkundigen, ob er sich dort untersuchen lassen kann.

**G. S.** Die Erlaubnis zum Betriebe der Gastwirtschaft kann allerdings versagt werden, wenn Thatfachen vorliegen, die die Beförderung rechtfertigen, daß der Betreffende das Gewerbe zur Hehlerei mißbrauchen werde. Der von Ihnen geschilderte Vorfall reicht aber zu dieser Beförderung nicht hin. Wird die Konzeption aus dem von Ihnen angegebenen Grunde verweigert, so beschreiten Sie den Klageweg und legen die Verhältnisse klar, die zur Bestrafung wegen Hehlerei geführt haben.

**Greifswald 4.** Der Antrag auf Bestrafung muß innerhalb drei Monaten gestellt sein.

**W. 2, Friedeberg.** Ein Lehrvertrag kann gültig nur vom Vormund geschlossen werden und muß schriftlich sein, wenn er gehalten werden soll. In Ihrem Falle ist daher der Vertrag ungültig. Beantworten Sie (ohne Mittheilung dieses Sachverhalts) beim Vermundschaftsgericht, daß der verschollene Vormund abgestorben und Sie als Vormund oder Pfleger eingesetzt werden. Als Stiefvater können Sie den Stiefsohn nur dann vertreten. In unserem Verlag können Sie alle Bücher erhalten, die erschienen sind.

### Gattler!

Am 18. Februar, Abends 9 Uhr, in der Branerei Friedrichshain, fr. Eisp: **Gr. Wiener Maskenball,** veranstaltet vom **Verein der Gattler und Fachgen.** Billets à 60 Pfg. sind zu haben bei G. Ahmann, Admiralstraße 15; G. Marste, Lübbenerstr. 24; G. Schwarzer, Borjkestraße 3a; F. Sadowitz, Borjkestraße 25; R. Veit, Köchestr. 51; A. Fischer, Tiefstr. 28; A. Schulz, Bennewitzstraße 14. — Um rege Theilnahme ersucht 262/1 Der Vorstand.

Die nächste Versammlung findet am Dienstag, 14. Februar, Abends 9 Uhr, im Restaurant Holzmarktstraße 3 statt.

**Geschäfts-Eröffnung.** Freunden und Genossen mache ich die ergebene Anzeige, daß ich das Zigarrengeschäft des Herrn Große, Reinickendorferstr. 89, am 15. d. M. übernommen habe. Mein Bestreben soll sein, stets gute und reelle Waare zu liefern. In Erwartung, mich in meinem Unternehmen unterstützen zu wollen, zeichne 86802

**Hochachtungsvoll**  
**Paul Pflug,** Reinickendorferstr. 89.

Die am 22. v. M. gegen den Maler Guck, Pücklerstr. 10, ausgesprochene Beleidigung nehme ich zurück. 18456  
**Reumann.**

Empfehle den Genossen meine **Glaser- und Bildereinrahmung.** Lager **social. Sinnssprüche u. Bilder** zu soliden Preisen. 9678L.\* **Carl Scholz, Wrangelstr. 32.**

**Wichtig für Musikinstrumenten-Händler und Artisten.**

Im Boden Invalidenstr. Nr. 35 findet ein Massenverkauf von noch durchaus guten, zurückgekauften Instrumenten aus den Inventurbeständen einer Instrumentenfabrik statt. Der Ankauf von schweizer Musikwerken, Mundharmonikas, Accordions, Concertinas etc. ist **Wiederverkäufern und Artisten** dringend zu empfehlen, da ein Nachlaß von 25 pCt. auf Normalpreise gewährt wird. 8675L.\*

**Der Massenverkauf dauert nur kurze Zeit.**

**Berichtigung.** In der Abrechnung des Weber- und Spulereis zu Rixdorf muß es heißen: Liste 1927 und 1929 durch Dost, nicht durch Weigelt.

**Streit-Komitee der Rixdorfer Webergesellen.**

Eine alte deutsche Feuer-Vers.-Gesellschaft sucht für Berlin u. die Provinz thätige **Haupt- u. Spezial-Agenten.** Hohe fortlaufende Bezüge event. auch festes Gehalt werden zugesichert. Offerten unter **O. P. 2** nimmt die Expedition entgegen. 9636\*

**Achtung! Kein Laden.** Nur eigene Fabrikation, 25 Zigarren 1 Mark. Garantie rein amerikanische Tabake. Rippentabak 2 Pfd. 60 Pfg 3561 L. **H. F. Dinslage,** Kottdorferstr. 4, Hof part.

**Kindermwagen.** Größtes Lager Berlins **Andreasstr. 23, Nr.**

## Gefärbt wird für 2,50 bis 3,00 Mark

in allen Farben: Damenkleider, Ueberzieher, Röcke, im Ganzen oder getrennt. Möbelstoffe à M. 1.—. Auch Betten und Tischdecken à Stück 1,25 Mark. Steppdecken à Stück 2 bis 2,50 M.

**Damenkleider, hemisch gereinigt 2,50—3 Mf.**

Serren-Anzüge gereinigt und gebügelt 2,50 M. Abholung u. Zustellg. kostenfrei.

**Gegründet A. Pergandé. Gegründet 1875.**

**Hauptgeschäft: Waldemarstr. 52, vis-à-vis Bethanien.**

Filialen: 8663L.\*  
Görlitzerstr. 43, Reinickendorferstr. 8a. Potsdam: Rauenstr. 18.

**Stempel** Vereins-Abzeichen etc. **H. Guttman, Brunnenstr. 9.**

Ein Sopha verkauft der Verwalter Admiralstr. 8. 801b

**Homöopathische Klinik, Brunnenstraße 40, Spr. 11—12, 4—5, Stg. 9—10.**

Ein **Seifenschneider** auf Hausreise wird verlangt; Bewerber mit durchaus guten Empfehlungen werden nur berücksichtigt. Rixdorf, **Max Goericke, Steinmehstr. 64/65.** 86712\*

**Arbeitsmarkt.**

\*Plätterinnen a. geschweifte Umlegekragen finden dauernde u. lohnende Beschäftigung bei van Laak, Schunn u. Etschig, Greifswaldstr. 9.

**Mamells** auf bessere Anabenanzüge verl. Stein, Adalbertstr. 22. 122M\*

**Barbierlehrling,** Sohn eines Gen., kann bei mir in die Lehre treten. **Ed. Freyrr,** Heiligehille, 10715\* Münchenergerstr. 2.